

# Arbeiter-Zeitung

Donnerstag, 10. April 1930  
12. Jahrgang, Nummer 84

Besteht täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Preis: wöchentlich 0,60 M., monatlich 2,60 M., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,80 M., unter Einschluß 3,00 M. Abonnementpreis: Die gebundene Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Bestimmungszusätze 6 Pf. Kellamaerpreis: Die gebundene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 10 Pf. — Schluß der Inseratenannahme u. der Haupt-Expedition 5 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 12 Uhr.

**für Schlesien und Oberschlesien**  
**Organ der SPD, Sektion der 3. Internationale**  
**Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“**  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Verlagsverteilung: Breslau 10, Krambühl Str. 30, Tel. 500 33.  
Wrocław: Breslau 544, W. Wallen; Breslau, Krambühl Str. 50, Tel. 230 02. G. Schottländer, Breslau, Krambühl Str. 17-18. Filialverteilungen: G. Schmidt, Breslau 20, Tel. 4088; D. P. Schmidt, Breslau 11, Tel. 1884; G. P. Schmidt, Breslau 5, Tel. 2384. Geschäftszeit 8-12 Uhr. Geschäftsstelle: Hauptverlag Breslau, Krambühl Str. 10. — Verleger: G. P. Schmidt, Breslau, Krambühl Str. 10. — Druck: „Neubau“, G. P. Schmidt, Breslau, Krambühl Str. 10.

## Sozialfaschistische Heuchelei entlarvt

# SPD. für Unterstützungsabbau

## Der Volksparteiler Dr. Pfeffer enthüllt Einverständnis der SPD.-Minister mit Brüning-Kompromiß

Berlin, 8. April. Im Reichstag stand gestern das Gesetz zur Vorbereitung der Finanzreform in erster Lesung zur Debatte. Dieses Gesetz enthält die von der Regierung Hermann Müller vorgeschlagenen Maßnahmen zur „Sicherung der Arbeitslosenversicherung“. Die Bürgerblock-Regierung hat diese Vorschläge wörtlich übernommen. Danach wird der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ermächtigt, der Reichsregierung Vorschläge zur Reform (lies **Abbau**) der Arbeitslosenversicherung zu unterbreiten. Und weiter enthält das Gesetz die Bestimmung auf eine Senkung der Beiträge um mindestens 500 Millionen Mark im Haushalt des Jahres 1931.

Reichsfinanzminister Moldenhauer betonte, daß die Regierung von den Regierungsparteien Anträge erwarte, die gemäß dem

„Stimmt es nicht“, so fragte Genosse Neubauer die Sozialdemokraten, „daß Sie der Verschlechterung der Saisonarbeiterfürsorge, dem Abbaugesetz vom 3. Oktober vergangenen Jahres, dem Ausschluß von 1 300 000 Erwerbslosen aus der Versicherung zugestimmt haben, — daß die Sozialdemokraten die Summen für die Kriegsbeschädigten, die Summen für die Invalidenversicherung, die Summen für die Kleinrentner, die Summen für den Mutterschutz abgebaut haben?“

Die Sozialdemokraten schwiegen. Genosse Neubauer rechnete den Sozialdemokraten vor, daß neben der ungeheuerlichen Sozialpolitik auch noch die Massensteuern während der Regierungszeit Hermann Müllers in ihren Auswirkungen auf die Massen um 2 1/2 Milliarden erhöht wurden. Diese Politik der Sozialdemokraten werden die Erwerbslosen, werden die deutschen Proletarier insgesamt niemals vergessen, auch nicht, wenn jetzt Wiffell und die übrigen sozialdemokratischen Führer die übelsten Vernebelungsversuche machen. Genosse Neubauer schloß seine Rede mit einem Appell an die deutschen Arbeiter zum

Zusammenschluß zum gemeinsamen Kampf gegen die Brüning-Hugenberg-Regierung, gegen jegliche Koalitionsregierung, zum Sturz der kapitalistischen Gesellschaft und zur Aufrichtung der proletarischen Diktatur.

### Schnapfentgesetz angenommen

Berlin, 9. April. Am Dienstag wurde im Reichstag das Schnapfentgesetz in zweiter und dritter Lesung beraten und danach in der verschlechterten Ausschlußform von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Zuvor sprach noch in kurzer Rede Genosse Schumann, um insbesondere die Kapitulation der Sozialdemokraten vor dem Alkoholkapital anzuprangern. Genosse Schumann führte aus: „Wenn nun auch Herr Schumann in der Agitation die weiteren Verschlechterungen des Schnapfentgesetzes beklagt, so muß ich ihm vorhalten, daß gerade die Sozialdemokraten es waren, die sich gegen die wesentlichsten Forderungen der Alkoholgegner gewandt hatten. Auch



**Jungarbeiter! Heraus zum 5. Reichsjugendtag des K.J.V.D.**  
Ostern 1930 in Leipzig  
**TROTZ ALLEDDEM!**

die Sozialdemokraten haben gegen unseren Antrag gestimmt, wonach alkoholfreie Gaststätten nicht der Erlaubnis unterliegen. Herr Schumann hat auch zusammen mit den Interessenten des Braukapitals gegen unseren Antrag in der Milchfrage gestimmt. Er ist also dafür, daß Schnaps in jeder Menge, zu jedem Zeitpunkt ausgegeben werden kann, Milch dagegen nur an Sonntagen bis vormittags 11 Uhr. Die Sozialdemokraten stimmten auch gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien gegen die von uns im Gesetz beantragten Schutzbedingungen für die Arbeiter und Angestellten.“

### SPD. für Erhöhung der Zuckerversteuer

Berlin, 9. April. In der Sitzung des Steueraususses des Reichstages vom 8. April wurden die Vorlagen über die Kürzung der Gültigkeitsfrist bei der Tabak- und Zuckerversteuer und die Einführung der Mineralwassersteuer in längerer Debatte behandelt. Während die Sozialdemokratie gegen die Tabaksteuervorlage stimmte, weil durch Abänderungsanträge der Regierungsentwurf verändert worden ist, stimmte sie der unverändert gebliebenen Zuckerversteuer vorlage zu.

Die Deutschnationalen stimmten gegen beide Vorlagen. Die Mineralwassersteuer fand ebenfalls keine Mehrheit. Sie wurde beiläufig von der Hermann-Müller-Regierung eingebracht. Nunmehr erlaubte sich auch die SPD, dagegen zu stimmen. In der dritten Lesung dürfte sich voraussichtlich das Abstimmungsresultat ändern, wenn die Regierung nicht in der Zwischenzeit die bisherigen Vorlagen fallen läßt und dafür zu der Absicht, die Umsatzsteuer zu erhöhen, zurückkehrt.

Brüning-Kompromiß einen alsbaldigen Abbau der Erwerbslosenunterstützung bringen würden. Nach Moldenhauer sprach der ehemalige sozialdemokratische Arbeitsminister Wiffell, der zu seiner „Oppositionsrede“ auch sein Neugesetz verurteilt hatte. In einfachem Strahemanzug, mit schlappem Kragen drapierte er sich als „Gewerkschaftsführer“ und hielt eine Rede, wie sie schamlos in Form und Heuchelei selbst in diesem Reichstag noch nicht gehalten wurde. Wiffell weinte Protokollstränen über die geringen Unterstützungssätze der Arbeitslosen. Er sprach von den armen Hungerigen, die nichts zu „knabbern und beißen“ haben. Und dann warf er den Volksparteilern Charakterlosigkeit vor, wobei er das Sprichwort zitierte: „Politik verdirbt den Charakter.“

Natürlich wurde Wiffells Rede durch dauernde Zurufe der Kommunisten unterbrochen, die ihn auf seine eigenen Schandtatzen aufmerksam machten. Wer auch die bürgerlichen Parteien konnten nicht an sich halten und plauderten durch Zurufe allerlei aus der Schule. So hörte man Zurufe von den Volksparteilern:

„Sie hätten ja noch mehr mitgemacht, wenn Sie an der Regierung geblieben wären. Warum sagen Sie das erst jetzt und nicht vor drei Wochen?“

Der volksparteiliche Abgeordnete Dr. Pfeffer antwortete auch auf Wiffells Rede mit einer interessanten Enthüllung. Dr. Pfeffer erklärte wörtlich unter stürmischen „Hört! Hört!“-Rufen des ganzen Hauses:

„Die sozialdemokratischen Minister waren bereit, auch dem Brüning-Kompromiß ihre Zustimmung zu geben.“

Nachdem Dr. Pfeffer mit dieser Feststellung die Sozialdemokraten zur Ruhe gezwungen hatte, hielt er eine unverkennbare Schamrede gegen die Erwerbslosen. Aus den Reihen der Volkspartei fiel sogar der provokatorische Zuruf: „Die Erwerbslosen können den Hals nicht voll genug bekommen!“ Dr. Pfeffer kündigte einen Gesetzesentwurf zum Abbau der Arbeitslosenversicherung an, der bereits heute dem Reichstag zugeleitet werden soll. Göhnlich bemerkte der volksparteiliche Redner dazu:

„Wir hoffen, daß wir die Sozialdemokraten für diesen Antrag gewinnen werden.“

In einstündiger Rede zeigte Genosse Neubauer die einzelnen Etappen des Abbaus der Arbeitslosenversicherung wie der gesamten Sozialgesetzgebung unter der Regierung Hermann Müller auf.

# Mobilmachung zum 1. Mai

## Proletarischer Weltkampftag gegen Bürgerblock und Sozialfaschismus

### Bildet Maikomitees

Nur kurze Zeit trennt uns von dem Weltkampftag des Proletariats, von dem Tag, an dem sich zum ersten Male das schreckliche Blutbad Jürgiebels jährt. Es war die Koalitionsregierung Hermann Müllers, die das Mai-Demonstrationsverbot des Jürgiebels mit veranlaßt hatte, die Steuern, Zölle und das Republikstimmgesetz beschloß, die einen Feldzug von unerhörter Grausamkeit mit Polizei und Justiz und Stockschlägen auf den Wagen der Werktätigen führte. Die Politik Hermann Müllers und Severings, ihre 21monatige Regierungstätigkeit war ein ununterbrochener Marsch zur Faschisierung des Polizei-, Reichswehr- und Verwaltungsapparates.

Die Brüning-Schiele-Trojaner setzen in den Ministerien offiziell ohne SPD. den Marsch zum Faschismus fort. Während Müller,

### Neutölnner Schulstreik beendet

Berlin, 8. April. In einer außerordentlich stark besuchten Massenversammlung der Eltern der streikenden Schulkinder in Neutöln in Allems Festfäden, die von prächtigem Kampfwillen getragen war, wurde nach einem Heftig des Genossen Range einstimmig beschlossen, den Streik an den vier Neutölnner Schulen zu beenden, um ihn nach intensiver Vorbereitung später auf einer weit größeren Zahl von Schulen gleichzeitig aufzunehmen.

Der Streik hat den Erfolg gehabt, daß statt der 387 Lehrer, die am 1. April abgebaut werden sollten, infolge des Ausbruchs der Schulkinder „nur“ 57 Lehrer entlassen wurden. Man will aber, um das weizumachen, für die in Pension gehenden, oder im Verlaufe dieses Jahres noch sterbenden Lehrer keine Neueinstellungen vornehmen.

Severing, Silberling, Wiffell jetzt außerhalb der Regierung diesen Kurs unterstützen.

Vor einem Jahr, da schoß der Jürgiebel im Einverständnis mit Severing und Orzechowski 33 Menschen über den Haufen, weil sie an dem traditionsgeheiligten Kampftag der Weltarbeiterchaft so demonstrierten, wie sie es schon unter den Hohenzollern getan hatten. Die Toten des 1. Mai 1929, diese ewigen Zeugen des sozialfaschistischen Arbeitermordes, gemahnen das Proletariat, am 1. Mai 1930 unter den Fahnen des revolutionären Klassenkampfes, unter den Fahnen der kommunistischen Partei und der Gewerkschaftsopposition auf die Straßen zu gehen! Wo ist der Arbeiter, der mit der Partei Jürgiebels und Künstlers demonstrieren möchte, Jürgiebels und Künstlers, die vor einem Jahr die Revolver, Karabiner und Maschinen-gewehre der Polizei auf die Maidemonstranten lenkten? Nein,

die Massen der Organisierten und Unorganisierten, der Kommunisten, Parteilozen und auch zahlreiche Arbeiteranhänger der Sozialdemokratischen Partei werden unter dem Banner Lenins marschieren.

Herr Severing versprach vor einigen Wochen, als er sein Kommunistengesetz von den Bourgeoisparteiern annehmen ließ, daß die Kommunisten „dezimiert“ werden würden. Seitdem ist die kommunistische Partei in Oberschlesien, in Baden, im Ruhrgebiet, in Berlin, am Niederrhein und in Mitteldeutschland und in zahlreichen anderen Gegenden bei den Betriebsrätemahlen von Erfolg zu Erfolg geschritten.

Im Geiste dieser proletarischen Siege heißt es jetzt, in den Betrieben und auf den Stempelkellen und in den Gewerkschaften unverzüglich Maikomitees zu bilden, die den politischen Massenstreik und die Niederdemonstration des 1. Mai organisieren müssen. Der Weltkampftag des Proletariats muß in Deutschland im Zeichen des erbarmungslosen Kampfes gegen die Hungerdiktatur des Bürgerblocks und seiner sozialfaschistischen Verbündeten stehen. Vorwärts, an die Arbeit!



# Aus der Partei

## Berliner Bezirk einmütig gegen „linke“ Fraktionsmacher

Am Sonntag tagte die Erweiterte Bezirksleitung des Berliner Bezirks der SPD. Nach einem ausführlichen Referat des Genossen Walter Ulrich über den Zweifrontenkampf und die parteiinternen und fraktionellen Verhältnisse der Gruppe Merker-Beule, fand eine ausgiebige Diskussion statt, in deren Verlauf dem Genossen Beule und mehreren anderen Mitgliedern der Unterbezirksleitung des Berliner Bezirks Zentrum in weitgehendem Maße die Möglichkeit zur Vertretung ihres abweichenden Standpunktes und zur Verteidigung ihrer Handlungswelt gegeben wurde. Die Auffassungen der Gruppe Merker-Beule fanden bei der überwältigenden Mehrheit der Bezirksleitung höchste Würdigung. In der Abstimmung ergab sich ein nahezu völlig einmütiges Bild. Die nachstehend veröffentlichte Resolution, die sich mit den Beschlüssen des Politbüros gegen die Gruppe Merker, sowie mit den Entschlüssen des Sekretariats der Bezirksleitung gegen die Fraktion Beule solidarisiert, wurde

bei der ersten Abstimmung, an der nur die Mitglieder der Erweiterten Bezirksleitung teilnahmen, mit 63 gegen 3 Stimmen ohne Enthaltung angenommen.

Die zweite Abstimmung, an der alle Anwesenden, d. h. auch die Mitglieder der Unterbezirksleitungen, teilnahmen, ergab die Annahme der Resolution mit 269 gegen 17 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen.

Im Anschluß gaben neun Genossen des Unterbezirks Zentrum eine gemeinsame Erklärung ab, durch die sie ihre Fehler anerkennen, die geschehenen fraktionellen Handlungen beurteilen und sich mit der Enthebung des Genossen Beule von seiner Funktion durch das Sekretariat der SPD einverstanden erklären.

## Das Ruhrgebiet steht zur Einie der Partei

### Entscheidung des Sekretariats der SPD des Ruhrgebietes

Das Sekretariat der Bezirksleitung Ruhrgebiet beschloß in seiner Sitzung vom 7. April einmütig die vorbehaltlose Unterstützung des Beschlusses des Politbüros vom 6. April. Das Sekretariat unterstreicht die Notwendigkeit des innerparteilichen Zweifrontenkampfes gegen die Hauptgefahr des rechten Opportunismus und gegen die „linken“ sektiererischen Abweichungen, die bereits zum fraktionellen, parteiinternen Aufsteigen einiger Genossen gegen die Linie der Komintern und des ZK geführt haben.

Das Sekretariat begrüßt daher den Beschluß des Politbüros auf sofortige Sicherung der Parteilinie. Das Sekretariat erklärt seine Zustimmung zur Abberufung des Genossen Merker aus dem Sekretariat des ZK, und der Gewerkschafts-Abteilung und ebenso zu den Maßnahmen der SPD, Berlin-Brandenburg gegen die fraktionelle Handlungswelt der ultralinken Gruppe Beule im Berliner Unterbezirk Zentrum.

Das Sekretariat der SPD des Ruhrgebietes wendet sich aufs Schärfste gegen jeden Versuch, den fraktionellen Kampf gegen die Beschlüsse des Präsidiums des ZK, und des ZK-Plenums unter der Flagge des Kampfes gegen den in seiner politischen Linie richtigen Artikel des Genossen Kemmerle zu führen.

Die heimlichen Betriebsrätewahlen im Ruhrgebiet waren nur möglich im Kampfe gegen den rechten Opportunismus, insbesondere gegen den Opportunismus in der Praxis und im gleichzeitigen Kampfe gegen linksopportunistische Abweichungen. Die Betriebsrätewahlen im Ruhrgebiet zeigen trotz aller aufgetretenen Mängel und Schwächen, daß die Durchführung einer richtigen Einheitsfrontpolitik Erfolge bringen muß, und sie verlangen gebieterisch von der Gesamtpartei die Verstärkung der Einheitspolitik von unten auf der breitesten Basis bei der Erfüllung der nächsten Aufgaben.

## Auch der Bezirk Wasserfante einstimmig für die Parteilinie

Eine Sitzung der Bezirksleitung Wasserfante und der verantwortlichen Parteiarbeiter von Groß-Hamburg nahm Stellung zu den Beschlüssen des Erweiterten Präsidiums des ZK, und der letzten Sitzung des Zentralkomitees der Partei. Einmütig wurde eine Resolution angenommen, die die Beschlüsse der Exekutive und des ZK, ebenso wie den Artikel des Genossen Kemmerle begrüßt und ebenso die entschiedene Haltung der Berliner Bezirksleitung gegenüber den „linken“ Fraktionsmachern.

## Danzigs SPD. erhält den Zutritt

Danzig, 8. April. Die Danziger Koalitionsregierung ist gezwungen worden, die SPD. hat, ebenso wie im Reich, auch hier den Zutritt erhalten, nachdem sie alle Voraussetzungen für die Durchführung des verhängnisvollen Hungergesetzes geschaffen hat. Die Liberalen sind wegen des Streites um die Sozialversicherungsreform aus der Regierung ausgestiegen; das Zentrum liegt gegen das Arbeitslosengesetz Sturm.

Die Bilanz der 24-jährigen Tätigkeit der SPD. in der Danziger Regierung ist eine Reihe des brutalen Arbeitsterrats, Massenentlassungen, Verhinderung der Zuschläge, Erhöhung der Einkommensteuer, Abbau der Unterstützung, Preissteigerungen — das sind nur einige der zahlreichsten „Strafgeschehnisse“ der SPD. in der Regierung. Der Bürgerhaushalt wird auf diesem Wege mit Hilfe der außerparlamentarischen Unterstützung der SPD. weitergegraben!

## Streit in Hellerau

In den Deutschen Werkstätten Hellerau bei Dresden wurde am vergangenen Sonnabend die Arbeit niedergelegt, da die Belegschaft nur teilweise den Lohn ausgezahlt erhielt. Der rote Betriebsrat, der gegen die Direktion einen scharfen Kampf wegen der unzureichenden Lohnauszahlung führte, wurde mit Entlassung bedroht. Durch ihren Streikbeschluss hat sich die Belegschaft gleichzeitig einmütig hinter ihren roten Betriebsrat gestellt.

# Faschistenschule dringt Marineoffiziere

## Verbindungsoffiziere zwischen Marineoffizestation und den faschistischen Kreisen Holsteins — Die Hermann Müller-Regierung hat das gefördert!

Die „Kette“ brachte schon vor langer Zeit die aufsehenerregende Meldung, daß in Neustadt im Holstein eine Zuchtschule besteht, die von der Reichswehr finanziert wird, ihre Dienstpläne führt und systematisch Faschisten kult. Die Lehrer dieser Schule sind unter anderem die berüchtigten Patzschken der Naziführer Kapitänleutnant a. D. von Killinger, von Kollitz, Klingisch und eine Reihe anderer bekannter Faschisten.

Die „linke“ SPD-Presse, die seinerzeit, als die Hermann-Müller-Regierung noch im Amt war, Gelegenheit gehabt hätte, dieses faschistische Nest auszuräumen — was sie wohlweislich nicht tat — greift jetzt diese Angelegenheit wieder auf und stellt fest, daß sich bis zum heutigen Tag nichts an diesen Tatsachen geändert hat. Sie fügt noch hinzu, daß die berüchtigten Bombenleger, die Gebrüder Salomon, in der Zuchtschule eins und ausgehen. Es ist vergebliche Liebesmühe, wenn die „linke“ SPD. jetzt, nach dem Abgang der Hermann-Müller-Regierung, hofft, mit der Wiederaufstellung dieser Angelegenheit sich bläugle, demagogische Argumente für ihre „Opposition“ zu beschaffen. Die Arbeiterschaft wird nicht vergessen, daß die Hermann-Müller-Regierung in ihrer anderthalbjährigen Tätigkeit nicht einen Finger gekrümmt hat, um eine Aenderung dieses skandalösen Zustandes herbeizuführen.

Unter der Hermann-Müller-Regierung konnten die Faschisten ihre Organisation rund um die Zuchtschule sogar noch ausbauen

und verstärken. Die bürgerlichen „Zeitnotizen“ teilen mit, daß Kapitänleutnant Friedrich Bege mann, Marineattaché in Holstein, von jetzt ab zur Verfügung des Chefs der Marineoffiziersstation der Dillse gestellt wurde, aber nach wie vor in Neumünster bleibe. (1) Sein Nachfolger bei der Kommandantur in Kiel, der Bege mann bisher unterstellt war, wird Oberleutnant zur See Manhanke, bisher Nachrichtenoffizier in Flensburg-Mürwik, zugleich Kompanieführer bei der Torpedo- und Nachrichtenschule.

Auf dieser Schule werden die Führer zu Seemann ausgebildet, die vorher auf der Zuchtschule Neustadt von den faschistischen Führern, wie bereits berichtet, gedrillt worden sind.

Verbindungsmann zwischen der Marineoffiziersstation und den faschistischen Kreisen in Holstein, die wiederum in der Zuchtschule ein Zentrum bildeten, ist Bege mann, der aus diesem Grunde auch in Neumünster verbleibt.

In diesem Zusammenhang wirkt auch der Eintritt des bisherigen Kommandeurs der in Dresden befindlichen Infanterieschule, General v. Falkenhäuser, zur Partei ein bestimmendes Licht auf die zunehmende faschistische Verfestigung der Reichswehr. Mit ihm so getriebener Unerschlichkeit wird deshalb die revolutionäre Arbeiterschaft die notwendige Aufklärungsarbeit unter den bewaffneten Streitkräften führen.

# Abbruch der letzten Brücken

## zwischen Deutschland und der Sowjetunion fordert die Bürgerpresse

Anfang Mai sollen nach der bürgerlichen Presse Verhandlungen in Berlin über die „Anpassung der deutsch-russischen Verträge an die gegenwärtigen Verhältnisse“ stattfinden. Mit diesen Verhandlungen beschäftigen sich kürzlich „Berliner Börsenzeitung“ und „Berliner Tageblatt“. Beide verlangen „eine grundsätzliche Revision der (Rapallo) Verträge“, wobei besonders Rücksicht auf „die berechtigten (?) Klagen und Forderungen der deutschen Politik und Wirtschaft“ genommen werden sollen.

Dabei plaudert die „Börsenzeitung“ aus, daß sich das deutsche Bürgertum von den Rapallo-Verträgen ein Mittel versprochen hatte, das bei einer „Weiterentwicklung der Reichstendenzen in der Wirtschaftspolitik der Sowjetregierung“ diese wieder kapitalistisch umgestalten würde.

Mit blumigeren Worten spricht der anonyme Leitartikel des „Berliner Tageblatts“ dieselbe enttäuschte Hoffnung aus. Deutschland sollte danach „für den kommenden Aufbau zur Brücke zwischen West und Ost“ gemacht werden.

Es hätte 1922 auch so ausgesehen, als ob das so werden könnte, weil „Lenin mit ungeheurer Kraft und zündendem Willen alle Kräfte für den Wiederaufbau des Landes zusammengefaßt“ hätte. „Rapallo war tatsächlich die Brücke geworden bis ... Stalin kam“, der als „despotisch-asiatischer Orkan“ bezeichnet wird, der „ohne Ruhe für Mensch und Tier über das ganze Land unentwegt segelt, alles niederreißt, ohne Erbarmen“. Aus diesen heuchlerischen Redensarten spricht nur der Bankrott der bürgerlichen Illusionen über die Möglichkeit einer kapitalistischen Wiederherstellung Sowjetrusslands.

Im Gegensatz zu allen Hoffnungen des Kapitalismus entwickelte sich mächtig, mächtiger als ein „Orkan“ der sozialistische Aufbau.

Die „Börsenzeitung“ spricht weiter von „organischen Faktoren (gemeint ist die Komintern. Die Red.) ... die das Zusammenarbeiten immer schwieriger gestalten“. Das „Berliner Tageblatt“ fordert, man solle „dem Stalinschen Rußland die Frage vorlegen, ob es die Hemmungen (Komintern!), die es unter Mißbrauch des Vertragsverhältnisses gegen eine geordnete Entwicklung der beiderseitigen Beziehungen geschaffen hat“, beseitigen will.

In anderer Stelle wendet man sich noch etwas deutlicher gegen die angeblichen „Ermutigungen revolutionäres Mitdünkens“ durch die Sowjetunion und verlangt „ausreichende Sicherungsmassnahmen“ dagegen. Die „Börsenzeitung“ verlegt diese Forderung geographisch und schreibt, daß „die Bekämpfung des französischen Kommunismus durch das Kabinett Tardieu mit einer Freundschaft mit Moskau kaum vereinbar ist“. Das heißt für Deutschland:

Die Bekämpfung des deutschen Kommunismus durch die deutsche Bourgeoisie ist mit einer Freundschaft mit der Sowjetregierung, ist mit ähnlichen Verträgen wie den von Rapallo nicht zu vereinbaren.

Für die Arbeiterklasse bedeutet das verschärfte Wachsamkeit gegen die drohende Kriegsgefahr, verschärfte Mobilisierung für die Verteidigung der Sowjetunion, für die Verteidigung des sozialistischen Aufbaues.

## Für den Massenstreik am 1. Mai

Am Sonntag, dem 6. April, fand in Düsseldorf, wo wenige Tage vorher die Unternehmerverbände ihr Scharfmacherprogramm entwickelten, eine Bezirkskonferenz der roten Betriebsräte und revolutionären Vertrauensleute statt. Anwesend waren 102 Betriebsräte und 33 Vertrauensleute, die insgesamt 78 Betriebe mit 41 434 Beschäftigten vertraten.

Im Mittelpunkt der Referate und der Diskussion stand die Mobilisierung der Belegschaften zum 1. Mai. In einem Aufruf an die Arbeiterschaft des Rheinlands und Westfalens forderte die Konferenz auf, am 1. Mai den Massenstreik gegen die Unternehmersoffensive durchzuführen.

Außerdem nahm die Konferenz eine Solidaritätserklärung für die Arbeiter des Stahlwerkes Beder AG. in Willich an, die auf die Straße geworfen werden sollen.

Eine Vertrauensleutekonferenz, die die Gewerkschaftsopposition für das Stahlwerk Beder am Sonnabend einberufen hatte, bildete ein Komitee, das die Vorbereitungen zum Massenstreik am 1. Mai treffen wird.

## Neue Massenentlassungen

### Außergewöhnlich geringer Rückgang der Winterarbeitslosigkeit

Trotz saisonmäßiger Mehrbeschäftigung infolge des Beginns der Landarbeiten und des günstigen Bauwetters zeigt die Winterarbeitslosigkeit vom Februar dieses Jahres nur einen außerordentlich geringen Rückgang an. Das Landesarbeitsamt Berlin-Brandenburg zum Beispiel hat am 31. März d. J. 459 068 Arbeitslose festgestellt. Seit dem 15. März ist also die Zahl der Arbeitslosen nur um 18 799 zurückgegangen und liegt am Ende des Monats immer noch um 60 000 Personen über dem Höchststand der vorjährigen Arbeitslosigkeit während der hiesigen Kälte.

Berücksichtigt man die Arbeitslosenziffern dadurch, daß nach den amtlichen Angaben Ende März d. J. 1 200 000 Arbeitslose nicht nur in Berlin-Brandenburg, sondern auch in anderen Provinzen festgestellt wurden, also dem direkten Vergleich zu vergleichen sind.

In zahlreichen Industriebezirken ist sogar ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosigkeit festzustellen. In Halle z. B. hat sich die Zahl der Arbeitslosen vom 15. März bis zum 1. April entgegen der saisonmäßigen Entwicklung noch etwas erhöht, von 16 788 auf 16 794. Ebenfalls ist in Rheinland-Westfalen vom 10. Februar bis zum 1. März die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger von 393 366 auf 404 663 gestiegen — trotz massenhafter Aussteuerung von Arbeitslosen. Die Zahl

der Feierschichten im Ruhrbergbau hat vom 10. Februar bis zum 8. März sich gar von 35 831 arbeitsfähig auf 56 675 erhöht.

Weitere Massenentlassungen stehen noch bevor — in Verbindung mit neuen Rationalisierungsmaßnahmen zwecks abermaliger Steigerung der Arbeitsleistung.

Diese vermehrte Dauerarbeitslosigkeit ist zum großen Teil die Folge der vorausgegangenen Rationalisierungsoffensive; das Fiasko der reformistischen Rationalisierungsversprechungen tritt immer offener zutage. Einheitslich muß in den Betrieben und auf den Stempelstellen unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition der Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung aufgenommen werden.

## Finanzdiffidat auch in Mecklenburg

Die Reichsregierung hat dem kleinen Mecklenburg den Reichsparlamentarier auf den Hals geschickt. Dieser hat nun ein Gutachten vorgelegt, das rigorose Sparmaßnahmen enthält, mit deren Durchführung bereits begonnen worden ist. Bezeichnenderweise haben die Nazis bei allen Maßnahmen mitgeholfen. Lehrer sind bereits gekündigt, kleine Beamte abgebaut, Fortarbeiter entlassen worden. Der Chausseebau, der Wohnungsbau, der Bau von Landarbeiterwohnungen ist eingeleistet worden, während andererseits der Sparminister Geschenke an die Großagrarier gefordert hat. Ein Viertel aller Beamten und Lehrer werden abgebaut. Für solche überflüssigen Sachen wie die eigene Gefandtschaft Mecklenburgs in Berlin, das Staatstheater in Schwerin wird dagegen nicht gespart. Auch für die Unversität sind zwei Millionen Zuschüsse übrig. Die Mecklenburger Arbeiter und Bauern werden den Kampf gegen ihre Hungerregierung organisieren müssen.

## Stahlwert Beder-Proleten antworten!

Im Anschluß an eine Konferenz der revolutionären Vertrauensleute im Stahlwerk Beder in Willich wurde eine Ortsgruppe der SPD. gegründet, der sofort zehn Kollegen beitraten. Dem RPD. in der Provinz Brandenburg ist es im März gelungen, zwölf neue Gruppen mit insgesamt 140 Mitgliedern zu schaffen. Insbesondere der Unterbezirk Frankfurt a. O. zeigt eine gute Entwicklung. Innerhalb der letzten zwei Monate traten etwa hundert Jungarbeiter und -arbeiterinnen dem RPD. bei.



# Drohendes Todesurteil

Rom, 7. April. Die Mitglieder des römischen Sondergerichts sind nach Ravenna abgereist, wo der Arbeiter Donati und die Arbeiterin Maria Selvatici abgeurteilt werden sollen.

Wie noch erinnerlich, kam es im Dezember v. J. in Genua zu einer spontanen Volkserhebung gegen das verhasste faschistische Regime, wobei u. a. auch mehrere Faschisten den Tod fanden. Die beiden Angeklagten verteidigten sich in ihrem verbarakodierten Hause zwei Tage lang gegen die sie beschuldigende faschistische Miliz. Es steht zu befürchten, daß das faschistische Sondertribunal ein Todesurteil fällen wird.

# Wachsende Erregung in Indien

Bombay, 8. April. Neue Zusammenstöße zwischen streikenden Eisenbahnern und Polizei werden aus Mysore und Bussawal gemeldet. Erbittert über die Verhaftung von zwei Streikführern greift bei der Eisenbahnstation Bussawal eine etwa tausendköpfige Menge die Polizei an, die von der Schutztruppe Gebrauch machte. Dabei wurde ein Arbeiter getötet, mehrere wurden verletzt.

In dem Orte Dargam bei Mysore, wo 6000 Arbeiter der Soldaten von Dargam im Zustand stehen, wurden über 50 Personen verletzt, als die Polizei auf eine große Menschenmenge schoss. Um den Widerstand der Arbeiter zu brechen, haben starke Kavallerieabteilungen den Auftrag erhalten, Dargam zu besetzen.

An verschiedenen Stellen der Salzküste wurden die Versuche der ungeschicklichen Salzgewinnung fortgesetzt. Die Polizei nahm wieder Verhaftungen vor. Die Zahl der im Zusammenhang mit Gandhi Propagandazug Festgenommenen beträgt bisher 83. Darunter befinden sich 12 Führer der Bewegung.

# Pfaffen als Unstifter zum Mordmord

Warschau, 7. April. Mit großer Verspätung erhalten wir soeben die Nachricht von der meucheligen Ermordung des Genossen Kur in dem Dorfe Kury.

Genosse Kur, einer der aktivsten Funktionäre der revolutionären Bauernorganisation „Samopomoc“ (Selbsthilfe), wurde beim Verlassen einer Wohnung, in der er eine Bauernversammlung abgehalten hatte, hinterläßt erschossen. Wenn dieser Aufrührer nochmals bei uns erscheint, werden wir ihn so befehlen, daß er nicht wieder erscheint, hatten die Pfaffen des Dorfes dem Genossen Kur mehrmals angedroht. Der Drohung ist jetzt die Tat gefolgt.

Die Befehlung des mutigen Revolutionärs gestaltete sich zu einer wuchtigen Massendemonstration. Über 1000 Bauern trugen ihn unter roten Fahnen und dem Gesang revolutionärer Lieder zu Grabe.

Vor wenigen Monaten erst wurde ein anderes Mitglied dieser Organisation, Genosse Motylewski, aus dem Kreise Kawa Mazowiecka, unter ähnlichen Umständen ermordet. Zu Mordschühmachern

Kollegen, haltet aus! Nur strenge und mannhafte Solidarität der Arbeiterinnen und Arbeiter kann euch zum Siege verhelfen. In solchen Kämpfen muß man aber eine gute Führung haben. Nur die Führung der Gewerkschaftsopposition und der KPd. ist eine Gewähr dafür, daß eure Interessen ehrlich vertreten werden.

# Neues Kampforgan in Irland

London, 8. April. In Dublin erschien am 5. April zum ersten Mal „The Workers Voice“ (Die Arbeiterstimme), deren Ziel die Arbeiterrepublik, die völlige Unabhängigkeit vom imperialistischen Räuberstaate und die Einheit Irlands unter der Herrschaft der Arbeiter ist.

# Stoßbrigaden bei der Frühjahrsausfaat

Die Telegramme aus dem Süden der Sowjetunion bringen Tag für Tag Nachrichten über erfolgreiches Konstatieren der Frühjahrsausfaat.

In der Ukraine waren bis zum 1. April schon über 3 Millionen Hektar bestellt. In Georgien und Aserbaidschan waren bis Anfang April an die 100 000 Hektar aufgedeckt, darunter etwa 43 000 Hektar in den Kollektivwirtschaften. In der Moldauischen Republik sind die Ausfaatarbeiten schon abgeschlossen und haben den ins Auge gefaßten Plan bedeutend überschritten.

Im Nordkaukasus waren bis Ende März über 1 400 000 Hektar bestellt. Im Kreis Terek sind die Ausfaatarbeiten schon abgeschlossen und überschreiten den Plan um 17 Prozent. Das autonome Gebiet Adygej hat die Anbaufläche vom Frühjahrsgroßgetreide fast um das Dreifache erhöht. Weite Verbreitung fand das interessante Experiment, rüchständige Kollektivwirtschaften durch entwickeltere in produktivtechnischer Hinsicht unterstützen zu lassen. So sandte z. B. die große Kollektivwirtschaft des Ortes Staro-Wellitschen-Kowkaja im Kubangebiet, die ihre Getreideausfaatarbeiten mit Ueberführung des Planes zu Ende führte, zur rüchständigen Kollektivwirtschaft der Kofanortschaf Popowitsch-Kaja eine Brigade, bestehend aus 200 Mann mit 100 Pflügen und 400 Pferden zu Hilfe. Genau so hat eine der größten Kollektivwirtschaften im Nordkaukasus, die Kollektivwirtschaft „Oktober“ 95 seiner Traktoren auf die Felder der benachbarten Kollektivwirtschaft geworfen.

Die Kulaken versuchten, mit allen Mitteln die organisierte Durchführung der Ausfaat zu hindern. Sie haben aber keinen Erfolg. Die armen und mittleren Bauern weisen die Versuche der Kulaken mit der entsprechenden Energie zurück.

grandiose Traktorenschmiede in Betrieb gesetzt. Dies bildet eine neue Etappe in der Entfaltung des Traktorenbaus in der Sowjetunion.

In Stalingrad sind die Bauarbeiter in den Hauptabteilungen des ersten Riesenstraktorenwerkes der Sowjetunion, das hier errichtet werden soll, abgeschlossen. Man hat nunmehr die Aufstellung der Einrichtung in Angriff genommen. Die Arbeiter und Ingenieure des Baus haben beschlossen, das Werk spätestens bis zum 16. Juni, also lange vor dem im Entwurf ins Auge gefaßten Termin, in Betrieb zu setzen.

Im Sowjetteil der Insel Sachalin (Yerner Osten), die seinerzeit Mittelpunkt des zaristischen Zuchthauswesens war, sind umfangreiche Arbeiten auf dem Gebiete der Naphtha- und Kohlenindustrie im Gange. Yerner wurde auf der Insel der Bau der ersten Eisenbahnlinie wie auch einer Naphthalenleitung in Angriff genommen.

In Moskau wurde in den Werken des Trusts der Fett-Industrie der Bau einer Fabrik Warme- und Elektrizitätshochdruckzentrale beendet und die Zentrale in Betrieb genommen.

# Chemischer Großbetrieb bei Leningrad

Der Bau des chemischen Riesenkombinats bei Leningrad ist in Angriff genommen worden. Zu dem Kombinat wird eine Superphosphatfabrik mit einer Jahresproduktion von zunächst 100 000 und später 300 000 Tonnen gehören.

Die Baukosten des gesamten Kombinats werden auf 16 Millionen Rubel veranschlagt. Entgegen den früheren Plänen, amerikanschen Phosphorit zu verarbeiten, ist jetzt festgestellt, daß der Kalkstoffbedarf in vollem Umfang mit dem in Chile zu gefördernden Apatit gedeckt werden kann.

# Vom sozialistischen Aufbau

In Leningrad wurde in den Werken „Krasnyj Putilow“ (Roter Putilowarbeiter) nach der neuen Methode eine neue nach den letzten Wort moderner Technik eingerichtete

# Offener Brief des CKKJ an die KP Schweiz

Das Sekretariat des CKKJ hat an unsere Bruderpartei in der Schweiz anlässlich des bevorstehenden Parteitages einen Offenen Brief gerichtet, der eine scharfe bolschewistische Kritik an der Arbeit der Schweizer Kommunisten enthält und sie zum erbarmungslosen Kampf gegen den rechten Opportunismus und das Versöhnertum, die in Theorie und Praxis die Entwicklung der Partei, ihre ideologische und organisatorische Umstellung bisher verhindert haben, alarmiert. Der bevorstehende Parteitag hat die Aufgabe, die Wendung zur revolutionären Massenarbeit zu vollziehen, die Passivität in den Reihen der Partei zu überwinden und eine den gegenwärtigen Aufgaben entsprechende feste und energische Führung, die das Vertrauen der Massen besitzt, zu schaffen.

Nur wenn die Partei durch die entschlossene Umstellung von der Lokalorganisation auf Betriebszellen ihr organisatorisches Schwergewicht in die Betriebe verlegt, alle leitenden Körperschaften der Partei von den opportunistischen Elementen, die von Humbert-Droz geführt werden, säubert und dadurch die Schlagkraft der Partei stärkt, die revolutionäre Arbeit in den proletarischen Massenorganisationen und in den reformistischen Gewerkschaften energisch in Angriff nimmt, die selbständige Führung der Massenkämpfe durchsetzt, die revolutionäre Gewerkschaftsopposition fest zusammenschließt, die opportunistische Einstellung gegenüber dem Sozialfaschismus und dem Versöhnertum schonungslos liquidiert, das linksopportunistische Sektierertum, das vor allem in dem Verzicht auf die Taktik der proletarischen Einheitsfront von unten und in der Unterschätzung der Arbeit in den Massenorganisationen zum Ausdruck kommt, rücksichtslos überwindet, die demokratischen Illusionen und den Kantönlicheit radikal ausrottet

In dem Offenen Brief des CKKJ heißt es u. a.:

Entgegen den Beschlüssen des 5. Weltkongresses, die einen verhärteten Kampf gegen die Sozialdemokratie fordern, wurde eine Einheitsfront mit dieser Sozialdemokratie durch Piffen-Verständigung bei den Wahlen in Basel herbeigeführt. Dasselbe geschah auch bei den Wahlen in Schaffhausen. Hier wurde sogar noch der Schweizer Staat als ein „wirklich demokratischer“ Staat dargestellt. Auf dem Gebiete des Gewerkschaftskampfes wurde nicht die Linie der selbständigen Führung der Wirtschaftskämpfe durch die revolutionäre Gewerkschaftsopposition beibehalten, sondern praktisch ein Bekenntnis zur Taktik der „Einheit um jeden Preis“ abgelegt. Das CKKJ der Schweizer Partei unterstützt den von der Komintern aufs schärfste bekämpften opportunistischen Standpunkt des Genossen Humbert-Droz über die zunehmende kapitalistische Stabilisierung, über die angeblich falsche Generallinie der KP der Sowjetunion und über die Beurteilung der Rolle der Sozialdemokratie.

Auf innerparteilichem Gebiet wurde kein Kampf geführt für die Herstellung der ideologischen Einheitlichkeit der Partei. Das versöhnlerische Verhalten gegenüber den Rechten wurde beibehalten. Das Versöhnertum ist das schlimmste Hemmnis im Kampfe der Partei gegen die rechten Opportunisten und zur Enttarnung des sozialfaschistischen Charakters der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsführerschaft.

Die kommunistische Internationale ist überzeugt, daß alle Parteimitglieder, die fest auf der Linie der Komintern stehen, ihre Kräfte einsetzen werden, um die notwendige Wendung der kommunistischen Partei der Schweiz zu einer revolutionären Massenarbeit und zur Überwindung des Opportunismus in der Praxis durchzuführen.



Copyright by Agis-Verlag, Wien-Berlin.

28. Fortsetzung

Vor der Kantine stehen sie wie Bettler, wollen Marken haben, aber nur eine beträchtliche Zahl kann „verpflegt“ werden. Mich würdige diese Atmosphäre von Lüge, Heidentum. Wende gehe ich zur Nachtschicht. In meinem Hirn reißt ein Entschluß. Der Meister kriecht zwischen den Kanonentrohren umher. Ich gehe auf ihn zu. „Kommen Sie bitte einmal mit!“ Er ist erstaunt, aber er folgt mir.

„Ich möchte einmal wissen, was ich hier verdiene“, beginne ich. Er stutzt, fixiert mich an und sagt: „Wenn Sie eingearbeitet sind, soviel wie ihr Arbeiter, solange das nicht der Fall ist, Schichtlohn.“

„Wieviel ist das?“

„Sechs Mark die Schicht!“

„Wer bestimmt das?“

„Bonderhand ich, wenn Sie nicht einverstanden sind, gehen Sie zum Betriebsleiter!“

Mein Arbeiter grinst. Ich überlege, ob ich den Meister ohftigen soll, beherrsche mich aber.

Der Meister trottet, schwer schleppend an seiner Autorität, von der Bank fort. Ich rüde ein. Laß laufen die Karre!

Eine halbe Stunde mag vergangen sein. Zwischen den Kanonentrohren, den Riesenlafetten, den riesigen Türmen der Schiffsgeschütze laufe ich umher. Meisterhaft ist die Maschinerie für die Zerstörung alles Zerhörbaren entwirrt und organisiert. Die Menschen opfern sich für dieses „große Werk“ bis zur Selbstvernichtung.

Als ich komme, hat sich ein Stahlhalter gelodert. Die rohe

Welle wurde immer stärker, der Stahlhalter gab nach, aber er fand im schrägen Winkel zur Welle und konnte rückwärts nicht abblomen, auch nicht durch die Klaue, weil diese zu stark gerippt war. Er maßte sich in die Welle hinein, tief, einen Arm kann man hineinlegen.

Ich hole meinen Meister. Er sieht die Bescherung und kann nicht sprechen vor Schreck. Nur soviel höre ich, daß das kein Unglück sein kann.

Dann drehen wir hinter der Vertiefung auf Maß aus, so daß ein harter Rand daneben stehen bleibt. Mit einer hydraulischen Walze walzt er dann die Bescherung zu und jammert in einem fort, ich solle nichts verraten und ihn nicht unglücklich machen.

Morgens gehe ich zum Betriebsleiter. Der hört mich an, kratzt sich hinter den Ohren und sagt: „Vorhauß können Sie bekommen, den dritten Teil des verdienten Lohnes.“ Ich rechne: Abzüglich Knappschatts, Pensions-, Invaliden-, Kranken- und sonstiger Kassen ist das soviel, daß ich einmal im „Muschelhaus“ Abendbrot essen und schlafen kann.

„Meine Frau hat entbunden, große Auslagen, außerordentlich Fall.“ Ich kann nicht anders zu meinem Recht kommen, als daß ich den Patrioten spiele, und bitte, meinen Fall als Ausnahme zu behandeln. Ich bekomme glücklich vierzig Mark Vorhauß, wasche mich und hole aus dem „Muschelhaus“ meinen Koffer.

Abends, schon spät, Klopfe ich bei Sophie.

„Nützig?“

„Tag, Sophi! — Die haben kein Eisen mehr bei Krupp.“ Sie ist nicht sonderlich erstaunt, schüttelt den Kopf und sagt lächelnd: „Bist eben ein Figeuner!“

Das Reden nützt bei mir nicht viel. Das weiß sie schon. Ich sende meinen Paß zur Anmeldung ein, nachdem ich mir andere Arbeit in einer neu eingerichteten Granatenfabrik gesucht habe, bekomme natürlich — wie erwartet — den Gestellungsbefehl. Ich war ja nur für die Firma Krupp beurlaubt.

Mir kann niemand helfen, nicht Klaus, nicht Sophie, nicht Anna.

Lazarett, Gefangenschaft, Fesslung, Zuchthaus! Sophie ist schon froh, daß ich alles von der humoristischen Seite nehme, und verabschiedet mich: „Gals- und Beinbruch, Hansi!“

Man würde mich ein wenig näher ansehen, werde ich empfangen. Aber dazu blieb keine Zeit. Sie stoben draußen wie die Fliegen. Wir haben noch lange nicht genug gegiegt.

XI.

Die sengende Sonne treibt bereits das Korn zur Reife, als wir bei Heidenburg an der Offfront landen. Die Eisenbahnen rollen schwerbeladen heran. Alle Straßen sind voll marschierender Truppen. Wir marschieren zwei Tage durch amielige Dörfer und durchweg sandiges Gelände. Die Russen liegen auf einer Höhe, festungsartig verschänzt. Welt hinten sieht man die Türme der Stadt Braessnij.

Hundert Meter vor der Stellung haben wir in der Nacht — bei dauerndem Regen — einen Sturmgraden aus. Anderen Tags ist Appell mit „erkernen Portionen“. Hauptmann Klein hält eine Ansprache.

„Wir werden diese Nacht nach vorn rücken. Bis morgen früh um drei Uhr wird die Artillerie die russische Stellung sturmreif machen, und wir füllen dann am acht Uhr. Erst gehen alle Leute des Drahtscherenkommandos heraus, eilen so schnell sie laufen können vor und zerschneiden die russischen Drahthindernisse. Die Verfolgung der Russen beginnt sofort. Wir schängen uns hinter dem zerfallenen Dorf Dschewice ein. Generalfeldmarschall Hindenburg ist eingetroffen und wird dem Angriff auf der ganzen Linie beiwohnen.“

Das Sturmgepäck wird zurechtgemacht. Der Regen setzt stärker ein und hält an. Wir marschieren schweigend nach vorn. Die Tornister werden in der ersten Stellung zusammengelegt, und mit Sturmgepäck geht es in den Sturmgraden.

Unsere Kompanie kommt rechts vor der hohen, festungsartigen russischen Stellung zu liegen. Durch den dauernden Regen steht in diesem Graben schon Wasser. Es vergeht Stunde auf Stunde. Da unser Hauptmann wegen seines Drills ziemlich verhärtet ist, wurde er bereits vor einigen Wochen durch einen anonymen Brief davon in Kenntnis gesetzt, daß er bei dem nächsten Gefecht eine Kugel erhalten würde. Das können wir die sein — mag er denken — die schon vom Ersatzbataillon her angekreidet sind. Man darf nicht unklug sein. So bestimmen: er, daß ich und ein Danziger Hafenarbeiter bei den Tornistern Wache halten.

(Fortsetzung folgt)



# Rund um den Erdball

## Die Mörder der Waldenburger Kumpels vor Gericht

### 33 durch Profligier und Fahrlässigkeit hingemordete Bergleute klagen an

Heute morgen haben sich vor dem Waldenburger Schöffengericht die Hauptverantwortlichen an dem Tode von 33 Bergarbeitern, die am 30. Juli v. J. in der Friedens-Puffungsgrube in Niederhermsdorf bis zur Unkenntlichkeit verkrüppelt und verbrannt wurden, zu verantworten. Neun Direktoren und technische Leiter der Unglücksgrube sind angeklagt, das entsetzliche Unglück durch Fahrlässigkeit verschuldet zu haben.

Durch diesen Prozeß, dessen Verhandlungsdauer auf vier Tage festgesetzt ist, wird die gesamte deutsche Arbeiteröffentlichkeit noch einmal auf die unerhörte Profligier der Grubenverwaltung und auf die verbrecherische Fahrlässigkeit des reformistlich-christlichen Betriebsrats hingewiesen, durch die das entsetzliche Unglück überhaupt erst geschehen konnte. Die „Rote Fahne“ war seinerzeit das einzige Blatt, das einige Stunden nach dem Unglück das Verbrechen der Grubenverwaltung und des reformistlich-christlichen Betriebsrates anprangerte.

Wie wiesen seinerzeit darauf hin, daß die Kommunisten und die kommunistischen Zeitungen Oberhäufens wachen und wachsam vor der Katastrophe wiederholt die gänzlich unzulänglichen Sicherheitsmaßnahmen festgestellt, aber vergebens Abhilfe gefordert hatten.

Nach knapp eine Woche vor dem Unglück schrieb unser Breslauer Bruderblatt über die Mißstände auf der Friedens- und Hoffnungsgrube: „Nichts hat sich an der Bewässerung der Vertikalfelsen geändert. Schwerste Mißschuld an diesen Zuständen trifft den Betriebsrat der Friedens-Hoffnungsgrube, der sich ausschließlich aus Sozialdemokraten und Christen zusammensetzt. Sie

brückten beide Augen zu und taten nichts zur Behebung der Mißstände.“

15 Stunden versuchte die Grubenverwaltung in Verschwörung mit den beiden großen bürgerlichen Nachrichtenbüros W.T.S. und T.U. dieses entsetzliche Verbrechen der Grubenbarone der Oeffentlichkeit vorzuenthalten. Und erst nachdem die „Rote Fahne“ rücksichtslos die ungeheure Schuld dieser Profligier hinpausgeschrien hatte, bequerten sich die Nachrichtenbüros, die sonst jeden Knatsch und Tratsch mit Blitzesschnelle durch die Welt posamen, völlig unzulängliche Meldungen von der Katastrophe zu verbreiten.

Trotzdem staatliche Kontrollbeamte am 15. Juli festgestellt hatten, daß

die Durchlüftung des 500 Meter unter der Erde gelegenen Schachtes so schlecht sei, daß die Explosionsgefahr nicht abziehen konnte,

wagten die Grubenverwaltung und die bürgerliche Sensationspresse von einer Fahrlässigkeit der verunglückten Kumpels zu sprechen.

Wenn es auch in der Geschichte der deutschen Klassenjustiz das erste Mal ist, daß die Schuldfrage an einem Grubenunglück gerichtlich „gelöst“ werden soll, hegen wir keine Hoffnung, daß die Waldenburger Profligier, an deren Händen das Blut nicht nur dieser 33 verbrannten und verkrüppelten Kumpels klebt, ein Haar gekrümmt wird. Angehörige einer Klasse sitzen sich dort im Gerichtssaal gegenüber und es wird ihnen bestimmt eine Lösung einfallen, um den Mord an den 33 toten Waldenburger Kumpels den berühmten „höheren Gewalten“ zuzuschreiben. Immerhin werden wir nicht verfehlen, den Verlauf dieser Gerichtskomödie ausführlich zu schildern.

## Die gefährliche Seltersflasche

### Sechs Monate Gefängnis wegen „versuchten Totschlages“

Leipzig, 8. April. (Fig. Drahtbericht.) Vor dem hiesigen Schwurgericht fand ein Prozeß gegen den 36-jährigen Jeschy wegen „versuchten Totschlages“ statt, in dem ein Urteil in der Höhe von sechs Monaten Gefängnis gefällt wurde.

Zu diesem unerhörten Urteil kam das famose Klassengericht auf Grund folgenden Vorfalls: In einer Stadtverordnetenversammlung in Zwenkau, am 9. Oktober vorigen Jahres, kam es infolge der andauernden Provokationen bürgerlicher und sozialdemokratischer Stadtverordneter zu erregten Auseinandersetzungen mit der A.P.D.-Fraktion. Als der Zwenkauer Bürgermeister in unerschämter Weise die Kommunisten beschimpfte, warf in seiner Erregung Genosse Jeschy eine Seltersflasche nach ihm.

Ohne daß etwas passierte, zerfiel die Flasche am Boden am Boden.

Auf Grund dieses Vorfalls wurde seinerzeit Genosse Jeschy sogar verhaftet und nun, wie eingangs erwähnt, verurteilt.

Wie in vielen tausend anderen Fällen, hat auch hier die Rote Hilfe Rechtshilfe gewährt, so daß es nur diesem Umstande zu verdanken ist, daß er von der wildgewordenen Klassenjustiz wegen seines „Totschlagesversuchs“ nicht zu einer noch höheren Strafe verurteilt wurde.

## Grubenunglück in Spanien

### 2 Kumpels tot — 38 in Lebensgefahr

Durch einfallende Gesteinsmassen in einer Grube in der Nähe von Manja in Spanien sind 40 Bergarbeiter eingeschlossen worden. Bisher wurden zwei von ihnen als Leichen geborgen.

## Ein weiteres Grubenunglück in Westfalen

Auf Zeche Königsborn, Schacht III und IV, bei Hamm, wurden am Montagabend beim Verbaueu zwei Hauer und ein Steiger durch Herabbruch hängender Gesteinsmassen verkrüppelt. Ein Hauer wurde erst nach 2 1/2 stündiger Arbeit als Leiche geborgen. Der Steiger erlitt so schwere Verletzungen, daß er ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte, der dritte Verletzte kam mit leichteren Verletzungen davon.

## Ein Riesenheer gegen die Heuschreckenplage

### 75 000 Menschen mit 140 Flammenwerfern arbeiten Tag und Nacht

Gegenwärtig wird Ägypten von allen Seiten her von großen Heuschreckenschwärmen bedroht. In vielen Orten sind die Schwärme so gemaltig, daß Eisenbahnlivien, auf denen sie sich niederziehen, unbefahrbar geworden sind. Die ägyptische Regierung hat die Bekämpfung dieser Plage zum Anlaß genommen, die Zwangsarbeit wieder einzuführen. In Transjordanien sind 75 000 Mann angestellt, die Tag und Nacht mit 140 Flammenwerfern und ungeheuren Mengen Gift den Heuschreckenschwärmen zu Leibe gehen. Trotz dieser gemaltigen Anstrengungen gibt es bereits weite Strecken, die vollkommen kahlgestossen sind.

## Der Feuerwehrhauptmann als Brandstifter

### Ein Opfer seiner Eitelkeit

Das Berdeener Schwurgericht verurteilte den 25-jährigen Kaufmann Johann Rose wegen Brandstiftung zu vier Jahren Zuchthaus. Rose war in der freiwilligen Feuerwehr seines Heimatortes stellvertretender Hauptmann geworden, und offenbar hat es ihn gelüftet, sich im Glanz seiner neuen Hauptmannswürde zu spiegeln. Fünf Brandstiftungsversuche konnten ihm nachgewiesen werden. Beim letzten Male gelang ihm die Brandstiftung, wobei ein Fachwerkhause mit sämtlichem Mobiliar und zehn Stück Grobvieh verbrannte. Dieser eitle Feuerwehrhauptmann ist nicht der erste Idiot, dem „das zweierlei Luch“ und die blanken Knöpfe den Kopf verdrehten.

## Die Trümmer des deutschen Postflugzeuges

Dieses Gewirr von Eisenteilen blieb von dem deutschen Postflugzeug D 1649 übrig, das, wie wir bereits gestern meldeten, über England abgestürzt und in Flammen aufgegangen ist. Dies ist der dritte Unfall innerhalb weniger Monate, der sich in derselben Gegend unter nahezu denselben Umständen abgespielt hat.

## 24 Kinder vergiftet

### Trauriger Ausklang einer Dorffestlichkeit in Schlessien

Einen traurigen Ausklang nahm das diesjährige sogenannte Sommerfesten in dem zum Kreise Freistadt in Schlessien gehörigen Dorfe Groschowitz. 24 Kinder des Dorfes erkrankten an Vergiftungserscheinungen, die sich in heftigem Erbrechen und starkem Fieber äußerten. Erst ärztlicher Hilfe verstarb der neunjährige Heinrich Junke und am Dienstag früh sein siebenjähriger Bruder Fritz, während ein sechsjähriges Töchterchen derselben Familie noch mit dem Tode ringt. Es besteht die Vermutung, daß die Erkrankung der Kinder auf den Genuß von Ruckermäusen, die sie beim Sommerfesten erhalten hatten, zurückzuführen ist.

durch die vier Matrosen getötet und drei mehr oder weniger schwer verletzt wurden.

## Der Beirather Tankwärter seinen Verletzungen erlegen

Der bei dem Raubüberfall auf eine Beirather Tankstelle schwer verletzte Wärter, der, wie wir bereits gestern meldeten, von Unbekannten durch einen Schlag mit einem harten Gegenstand auf den Kopf niedergestreckt wurde, ist nunmehr seinen Verletzungen erlegen. Von den Tätern fehlt noch immer jede Spur.

## Schweres Bootsunglück in Korea

### 23 Bauern und zahlreiche Pferde ertrunken

Auf dem Flusse Yalu in Korea ereignete sich am Montag ein furchtbares Fährbootsunglück. Infolge eines heftigen Sturmes kenterte die Fähr, auf der sich 23 Bauern mit zahlreichen Pferden befanden. Da der starke Sturm Rettungsmaßnahmen unmöglich machte, fanden alle 23 Personen samt ihren Pferden den Tod in den Fluten.

## Das Eisenbahnunglück in Japan

Das japanische Eisenbahnministerium bestätigt nach einer Tokioer Meldung, daß das Eisenbahnunglück von Niota Kujiku auf die irrtümliche Vermischung von Dynamit mit Tenderkohle der Lokomotive zurückzuführen ist. Die Zahl der Toten wird, wie wir bereits gestern meldeten, mit 17 angegeben. Weitere sieben Personen liegen schwer verletzt daneben.

## Postraub in Hohenstaufen

In Hohenstaufen drangen Dienstagabend zwei Maskierte in das Postamt ein, bedrohten die dort anwesenden Beamten mit dem Revolver und raubten aus der Postkassette rund 50 000 Mark. Von den Tätern fehlt jede Spur.

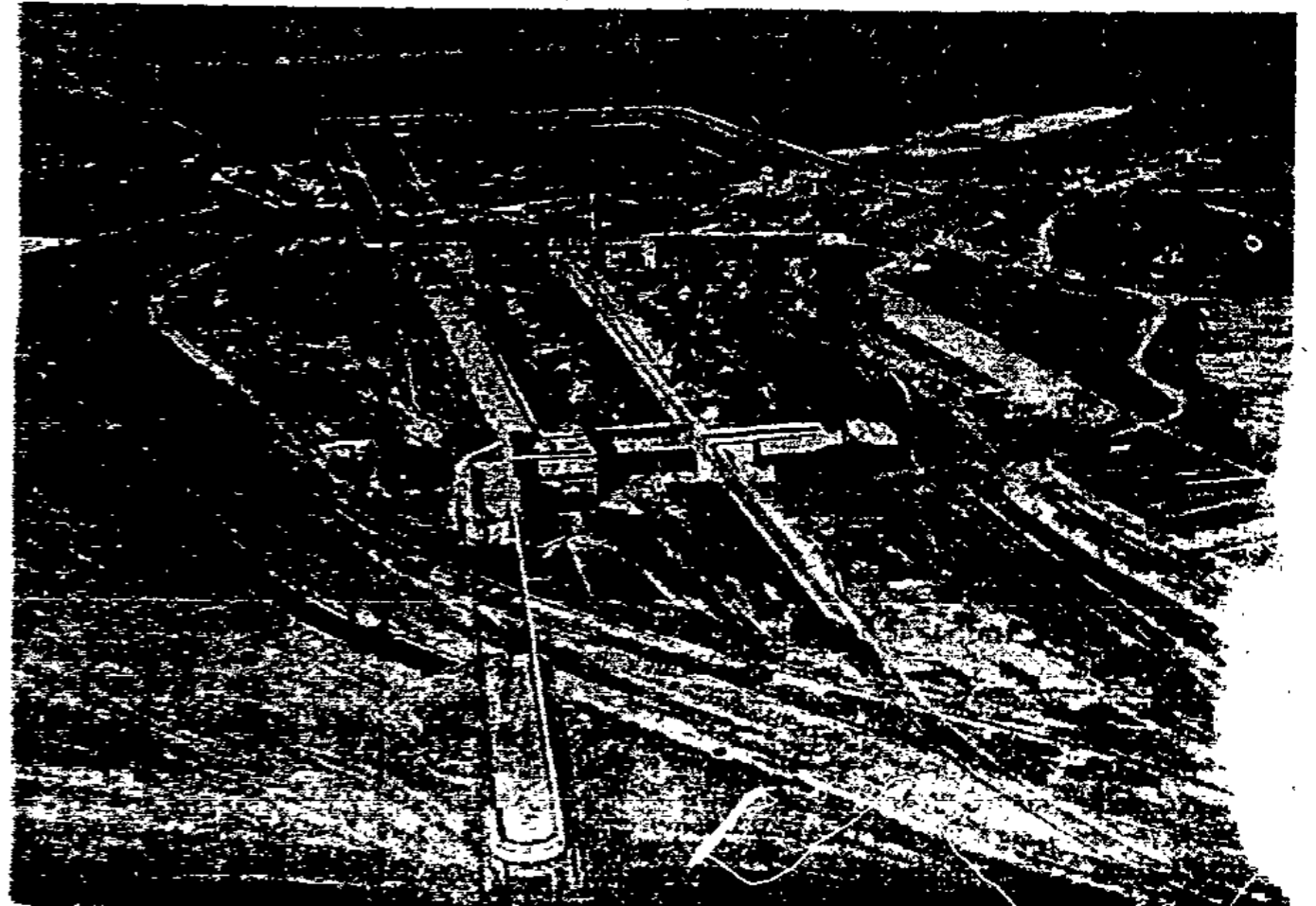
## Explosion auf einem englischen Zerstörer

### Vier Tote

Auf dem im Hafen von Hongkong liegenden britischen Zerstörer „Scorpe“ ereignete sich Dienstag vormittag eine Explosion,

## Die größte Schleuse der Welt

Die Aufnahme des Ozean-Expressverkehrs mit den neuen Lloydampfern „Bremen“ und „Europa“ hat auch die Vollendung der gewaltigen Nordschleuse in Bremerhaven beschleunigt. Diese Schleuse wird die größte der Welt sein. Ihr Bau ist durch die riesigen Ausmaße der „Bremen“ und „Europa“ nötig geworden, die bisher nur auf der Columbus-Kaje oder auf Reede, also im offenen Weserstrom festmachen konnten. Die neue Schleuse wird ihnen dann auch die Einfahrt in den Binnenhafen Bremerhaven ermöglichen. Unser Bild gewährt einen Ueberblick über das Schleusenengebiet.





# Breslau

## Sie haben sich durchgehuhandelt

Amlich wird mitgeteilt: Das Preussische Staatsministerium hat in einer Sitzung am gestrigen Dienstag über die Befehung der verschiedenen höheren Regierungsstellen entschieden. Der bisherige Regierungspräsident in Breslau, Jaenick, ist zum Nachfolger des Potsdamer Regierungspräsidenten Romm bestimmt worden. Für den Posten des Regierungspräsidenten in Breslau ist der Vorsitzende des Ruhrindustrieverbandes, Dr. Gapp (Zentrum), vom Kabinett gewählt worden.

## Freispruch im Stroch-Prozess

Am Montag beschäftigte sich die Strafkammer nochmals mit dem Eisenbahnunglück, das sich in der Nacht zum 13. August v. J. bei Brodau zugetragen hatte, und bei dem der Eisenbahnschaffner Madel getötet und dreizehn Reisende zum Teil schwer, zum Teil leichter verletzt wurden.

Für dieses Unglück wurde der Oberzugschaffner Julius Stroch verantwortlich gemacht. Er wurde am 10. Dezember v. J. zu sechs Monaten Gefängnis mit Strafaussetzung verurteilt. Gegen dieses Urteil hatten Staatsanwaltschaft und auch der Verurteilte Berufung eingelegt.

Stroch hatte schon in erster Instanz geltend gemacht, daß er sich im Augenblick des Zusammenstoßes in einem Zustand von Bewußtlosigkeit befunden haben müsse, da er schon vor Abfahrt des Zuges Kopfschmerzen gehabt habe.

Das Gericht hob trotz „erheblicher Bedenken“ das Urteil erster Instanz auf und erkannte auf Freisprechung. In der Urteilsbegründung wurde betont, daß es sich das Gericht nicht denken könne, daß ein jahrzehntelang beschäftigter Beamter bei vollem Bewußtsein beide „Halbesignale“ überfährt.

## Das Breslauer Leitungswasser

Das Städtische Wasserversorgungsamt schreibt: Wie bereits im Dezember v. J. bekanntgegeben, sind die städtischen Wasserwerke genötigt, ihre seit dem Jahre 1904 im Betriebe befindliche Saug- und Heberleitung von dem im Laufe der Jahre in den Rohren abgelagerten Eisenschlamm reinigen zu lassen. Deshalb mußten damals einige Brunnengruppen zeitweise außer Betrieb gesetzt und die ausfallende Wassermenge durch Öderwasser ersetzt werden. Jetzt hat sich der gleiche Vorgang wiederholt, da noch eine größere Strecke der Heberleitung gereinigt werden muß. Durch den Zusatz des leicht eisenhaltigen Oberwassers erscheint das Leitungswasser etwas gelblich gefärbt. Diese Färbung und der Eisengehalt sind aber, wie die städtischen Wasserwerke bereits früher mitgeteilt haben, als harmlos zu bezeichnen. Durch die Behandlung mit Chlor und Doppelfiltration wird das Oberwasser in guter Beschaffenheit an das Rohrnetz abgegeben. Die Menge des dem Grundwasser zugeführten Oberwassers beträgt nicht mehr als 25 v. H. des täglichen Gesamtwasserbedarfs von rund 60 000 Kubikmeter. Von Ende dieser Woche an gelangt wieder nur Grundwasser ins Leitungsnetz.

## Das Dokument von Shanghai

Am Donnerstag, Freitag und Sonnabend wird im Gewerkschaftshaus der Film „Das Dokument von Shanghai“ für den Osten von Deutschland vom Arbeitersportkartell herausgeführt.

Die Breslauer Theater haben die Erstaufführung des Filmes abgelehnt. Dieser Film ist nicht zur Klärung eines außergewöhnlichen Terrors hergestellt worden, er ist auch kein Kriminalreißer, sondern ein Film, der als Zeildokument der Welt berichten will. Er zeigt in einfachen, erschütternden Bildern das wirkliche Leben des chinesischen Volkes. Wie hoch das Leben der Menschheit bedroht wird, das von fremden Invasionen, ausbeutungsgierigen

# Riesenbetrügereien mit Apothekerwaren

Für 120 000 Mark Drogen nach OS. verschoben

Schon seit längerer Zeit wurde behauptet, daß bei der „Jagoda“, Handels-Gesellschaft Deutscher Apotheker, in Breslau große Veruntreuungen begangen worden sein sollen. Wie amtlich festgestellt wird, treffen diese Gerüchte zu. Im Zusammenhang damit sind der bei der Jagoda tätig gewesene kaufmännische Angestellte Weidner, ein Hausknecht und ein Drogist verhaftet worden. Die Untersuchung hat ergeben, daß diese drei Personen

Drogen und Chemikalien im Werte von 80 000 bis 120 000 Mark im Laufe längerer Zeit gestohlen haben. Die Waren wurden zum größten Teil nach Oberschlesien verschoben. Unter der Beschuldigung, weitere Veruntreuungen begangen zu haben, stehen noch einige andere Angestellte der Firma, die nicht in Haft genommen worden sind. Im Laufe eines längeren Verfahrens haben die drei Verhafteten Geständnisse abgelegt.

Fabrikherren zum Profittribut gezwungen wird. Chinesische Kinder verkrüppeln für einen Hungerlohn in Fabriken. Chinesische Mütter sind für einen Hungerlohn zu übermenschlicher Tagesarbeit eingezwungen; diejenigen, die weiblischen, werden erschossen. Westeuropa, Amerika, Japan verständigen sich, wie sie den asiatischen Rassen am besten verdaulich machen. Dies ist nur ein kleiner Ausschnitt aus der Fülle des Bildmaterials, das uns der Film „Shanghai“ übermitteln. In Berlin wurde dieser Film im Tauentzien-Palast wochenlang vorgeführt. Die Arbeiterschaft hatte dieses Ereignis. Auch in Breslau ist zu erwarten, daß bei gut besuchten Veranstaltungen des Arbeitersportkartells in den folgenden Wochen die Vorführung dieses Films in ihr Programm einreihen. Die Filme wie „Shanghai“ rüttelt an unserem Klassenbewußtsein und feuert uns an zu neuem Kampfe. Er zeigt uns aber auch die Wahrsheit des Ausdrucks, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur durch diese selbst geschehen kann! Die Filmveranstaltungen sind ausnahmsweise an drei Tagen: Donnerstag, Freitag und Sonnabend. Erwachsene erhalten für sich und einen Angehörigen zur ersten Vorstellung schon Eintrittskarten für 25 Pf. Die Mitglieder des Besucherkreises zahlen 50 Pf., alle anderen Besucher 70 Pf.

## Selbstmord wegen Arbeitslosigkeit

Der 18jährige Kontorist R. S., der schon längere Zeit arbeitslos ist, griff in seiner Verzweiflung zum Messer und versuchte sich auf der Vogelweide zu erstechen. Mit einem Stich in der Herzgegend wurde er aufgefunden und sofort in das Allgemeines-Hospital geschafft. Er befindet sich bereits außer Lebensgefahr.

## An alle Genossinnen des R.F.M.B.

Die für heute abend einberufene Mitgliederversammlung fällt aus. Die nächste Versammlung wird durch besondere Einladungen bekanntgegeben.

Unfall in der Belfenstein. Heute nacht gegen 3 Uhr stürzte auf der Gräbischener Straße eine stark angetrunkene Frauensperson während der Fahrt aus einer Krasidroschke. Die Frau wurde sofort in das Elisabeth-Krankenhaus eingeliefert. Dort stellte der Arzt außer der starken Trunkenheit nur Hautabschürfungen fest.

Freitod im Lokal. Gestern abend wurde in der Toilette eines Lokals in der Matthiasstraße der 63jährige Plakmeister M. R., Ottostraße wohnhaft, erhängt aufgefunden. Die Todesursache dürfte in den zerrütteten Familienverhältnissen zu suchen sein, da der alte Mann von seiner Familie getrennt lebt.

Blinder Feueralarm. Gestern, Dienstag, gegen 1/5 Uhr wurde der Melder auf dem Wachtplatz gezogen. Es handelte sich aber nur um blinden Lärm, der durch über die Dächer ziehenden Rauch verursacht worden war.

Der falsche Rattenjäger. Dieser Tage erschien in einem Grundstück in der Koszalka ein Mann, welcher angab, im Auftrage des Magistrats zu kommen, um Rattengift zu legen. Er trankte Brotkrumen, die er sich geben ließ, mit einer braunen Flüssigkeit und puderte dann alles mit grünem Pulver. Nach vollbrachter Arbeit ließ er sich 6,00 Mark geben und verschwand. Zu spät merkten die Leute, daß sie einem Schwindler zum Opfer gefallen waren.

Jungspartakusbund Ost. Heute Mittwoch 18 Uhr kommen alle Jungpioniere und Arbeiterkinder zu Joubert, Königgräber Straße, zum Gruppenabend.

## Mittelschlesien

Oblau. Ein Wort an den Magistrat. Wie bekannt, wurde im Jahre 1929 das Polderbauprojekt hier ausgeführt und dadurch das rechte Oberufer erhöht. Der Damm überstreckte dadurch die Ufergasse. Am Bootshaus Neptun stehen seit alten Zeiten ein paar Eichen, die im Sommer vielen Oblauer Protestkinder am linken Oberstrand ein schattiges Plätzchen bieten. Die Eichen aber stehen jetzt mitten im Damm. Um die Eichen nicht zu ersticken, hat man rund um den Stamm ein Loch ausgemauert, welches 1,80 Meter tief und 50 Zentimeter breit ist. Um da ein Unglück zu verhüten, glauben wir, daß man auf dem Loch ein Eisengitter setzen anbringen kann. Die Kinder toben überall herum, da doch die Eltern der Arbeiterkinder sich keine Aufsichtsdame leisten können.

Loßen. Unerhörte Brutalität eines Landjägers. Der große Marder der deutschnationalen Bauern in Loßen ist es, daß die „verfluchten Kommunisten“ auch hier sich ausgebreitet haben. Man möchte sie gar zu gern mit Strunk und Stiel austrotten. Deshalb mußte man etwas erfinden, womit man den Kommunisten an den Wagen fahren konnte. Bei einem deutschnationalen Bauern sollen in der Nacht 15 Zentner Rüben gestohlen worden sein. Flug machte man eine Hausdurchsuchung bei einem Genossen. Auf Befehl des Gemeindevorsethers kamen der erste Schöffe und der Landjägermeister P r i z i b i l l a. Beide schauten sehr genau den Spielplatz der Kinder an, die in die Erde ein kleines Loch gegraben hatten. Der Landjäger nahm einen Spaten zur Hand und suchte in dem Loch nach den 15 Zentner Rüben. Doch vergeblich. Offenbar waren sie schnell weggezauert worden. Man fand nichts von dem Gestohlenen. Die Hausfrau, die den Spaten brauchte, verlangte denselben zurück. Da der Spaten nun bredig war, meinte die Frau, der Landjäger solle sich nächsten selber einen mitbringen. Wutentbrannt stürzte sich daraufhin der Landjäger auf die Frau, schlug sie mit dem Arie zu Boden und entriß ihr den Spaten unter wüsten Schimpfereien. Darauf begaben sich die Schöffler in die Wohnung und durchsuchten nach 15 Zentner Rüben (!) Schrank, Bett, und andere Gegenstände, musterten jeden Fegen Papier, überhaupt alles, was ihnen in den Weg kam. Als sie das Haus verlassen hatten, ging die Wohnung einem Lumpenschuppen, alles durchwühlt und über-einandergehauen. Landleute von Loßen, schaut euch diesen Prozeßbillard etwas genauer an! Es ist eine beispiellose Missetat, eine trank Frau zu Boden zu schlagen. Doch auch patriotischen Hurra-Schreibern möchten wir sagen: Selbst wenn ihr nochmals eine Hausdurchsuchung nach politischem Material macht, werdet ihr trotzdem kein Glück haben. Denn das Maschinengewehr hatte schnell einen kleinen Bruder verschluckt, und die Revolver hatten wir in die Brote eingebaden, während wir die Literatur unter die Stiefelsohlen genagelt hatten. Welche bolschewistischen Tricks kennt ihr noch nicht, daher wird es zwecklos sein, wenn ihr wieder einmal einen Besuch abstattet.

Vergeßt nicht die Sammlung:

# Nun erst recht!

## Epilog zum Breslauer Tauber-Gastspiel

„Wo Ihr nicht seid — kann ich nicht singen!“  
Mit I O M im „Land des Lächelns“  
Von Hans Besemann

Ein echter deutscher Mann singt nur auf Kommando: beim starkbierentstimmten Kommerz oder zur Strafe für schlappe Haltung auf dem Armeegedächtnis. Sie wissen doch noch: „Wenn am Walde die Hedentosen blühen“ und der außer Schritt und Tritt geratene Wintermann einem dauernd auf die Hacken trappste. Alle anderen musikalischen Bedürfnisse aber befriedigt das Radio und das polizeiamtlich zugelassene Spulenkonzert unserer lieben Kraftfahrzeugindustrie.

Doch Gott sei Dank, für uns anderen, die wir noch „Musik in uns selbst“ haben, gibt es als süßen Herzensstrost stimmbandgewaltige Tenöre. Sie alle kennen doch den Liebhaber der deutschen Schallplattenbesitzer, Richard Tauber! Er ist schöner als Gershart Hauptmann, populärer als Alfred Traun, und „wenn er singt im süßen Ton, dann freut's den Meier wie den Cohn.“ — Befestigt lauscht arm und reich, im Vorparter sind alle gleich.“ Das soll ihm erst einmal nachmachen . . .

Ich habe mich lange und ziemlich angestrengt bemüht, hinter das Geheimnis dieses sajnierenden Tauber-Tons zu kommen. Ich habe ihm auf den Mund geschaut, auf die Brust, auf den Embonpoint und auf die Hände, — denn er singt mit all diesen Körperteilen und noch anderen mehr, die ich hier nicht gut erwähnen kann. Seine Stimme ist etwas ölig, aber süß, süß wie Käsefisch mit Rosinen abgekocht. Und wenn er einen Ton auf seiner Glala hinauffletern läßt, so ist das ganz wie das Säbenziehen eines etwas fettigen Walzbonbons, wie wir ihn als Kinder dem Gehege der Böhne entzogen, so lang der Arm nur reicht, um ihn dann zufischschmecken zu lassen.

Und Richard Tauber genießt die Wollust seiner eigenen stimmlichen Instrumentation. Jawohl, er genießt den Ton auf beiden

Baden, ehe er ihn herausläßt. Manchmal singt er ganz schief. Weil er die Luft nur auf einer Seite hält. Dann hebt er die rechte Schulter, hebt das etwas steife rechte Standbein vor, das gelbgeschminkt, wangenrunde Haupt sinkt sachte auf die entsprechende Schulter. Und dann erst, wenn er die Musik beim besten Willen nicht mehr halten kann — allen Damen wird es feucht vor seelischer Erregung — steigt feelig befreit eine jener Höchstaagenarien, die dann später das deutsche Volk, einzig in seinen mühlempfindenden Stämmen, bis zur nächsten Saison nachsingt.

Man sage nichts gegen den Text dieser Tauber-Lieder. Das wahre deutsche unausrottbare Gemüt spricht aus ihnen. Ich habe mit eigenen Augen das wertbeständige Publikum aus Kleinburg auf richtige Tränen weinen sehen, als ihnen Richard sein ganzes Herz im höchsten Distanz anbot. Durch Weisfall gereizt, mußte er fünfmal immer wieder von neuem antreten, so lange, bis alle es erlöst hatten und mitsingen konnten. Selbst mein mürkischer und nachbarlicher Nachbar von Gallenfelken und prolongierten Wecheln brummte herzhaft die Baubermelodie. Allerdings in etwas verändertem eigenen Text: „Wißt ihr — was ihr nicht könnt . . .“ An diesem Abend habe ich es gefühlt, wie Volkslieder entstehen.

Am schönsten aber ist Richard der Lüberich, wenn er dämonisch wird. Je nach der Tonlage erscheint er als pflaumenblauer, giftgrüner und schwarzzintelfarbener Mandarin. Die Röhre wird leer, wenn er auftritt, und der Insizient bläst kalte Luft ins Publikum, daß diesem Gänsehauer des ehrfürchtigen Schredens den Rücken-ausschnitt hinunterrieseln. Nur ein eingeklemmter zweiter Rangklappstuhlbefitzer kann nicht anders und muß mal hinaus. Richard hält in beleidigter Majestät die Töne an. Das Publikum würde den Fremder lynchen, hätte es nicht seine Regenschirme vorher abgegeben. Aber dann geht es los. Richard stößt einen wilden, grampantigen Raschschrei aus. Er kneift die Augen zusammen und zieht seinen Mund vieredig. Er sammelt alle Luft in den unerforschlichen Abgründen seines Mandarinenseibes, daß dieser einem Fußball gleicht.

Plötzlich steigt das komprimierte Stimmgas eine Etage höher in den Brustkasten, der sich bedrohlich unter der goldbraunen Bekleidung, von der chinesischen Abteilung des Kaufhauses Wertheim zu diesem besonderen Zweck gelieferten, schwerelosen Toga empowdelt. Schon aber gluckten die ersten Vorläufer der nahen stimmgewaltigen Entladung in der Kehle. Gleich muß es losgehen, sonst platzt er. Etliche man jetzt eine Nadel hinein, so entwiche die Luft mit zischendem Geräusch. Jeder fühlt in diesem Augenblick, was Kunst und süß-bittere Klemmung des menschlichen Organismus bedeutet.

Aber Richard lächelt nur über die Menge seiner Zuhörer. Er hat den Ton in der Hand und läßt ihn fahren, wann und wohin er will. Ja, er ist so sehr Meister des Befanges, daß er auch ohne Stimme singen kann. Manchmal, wenn er gerade hinter die Kulissen gegangen ist — jeder Mensch muß mal hinausgehen — vergißt er seine Stimme in der Verderbe. Dann kommt er zurück und singt trotzdem. Das Echo genügt ja schließlich auch. Besonders, wenn es ein künstliches ist.

Zum Schluß kommt natürlich das Finale „Lächle Weikner. Immer nur lächeln. Zeig keinen Schmerz. Wenn ich auch singe, dein ist mein Herz.“ Richard faltet die fanst manifizierten Mandarinenhände über der Magenrupe zusammen, stellt sich halb rechthältig geneigt, daß ihm der Luftzug aus dem Souffleurkasten nicht die Tonlage verdirbt und verabschiedet sich mit einem dreifach gestrichenen G, das sich höher ausschwingt, als je ein Patient unter der ziehenden Zange eines Zahnarztes.

Epilog

„Wenn man es so richtig bedenkt — achtzehn Mark kostet das Billeit, da hätte ich schon bald zwei Stangen Schweine für kaufen können“, meinte nachher ein lobengeliebter Landbewohner zu seiner unwillkürlich angetrauten Gattin. Die hörte gar nicht hin. „Dein ist mein ganzes Herz — o nimm es hin“ summite sie dem Portier in die Ohren. Leider machte er keinen Gebrauch von diesem freundlichen Anerbieten. Er hört so etwas jeden Abend.

# Peters Union

## Motorrad- u. Fahrrad-Reifen



# Waldenburger Bergland

## Sanitätsrat Dr. Müller gestorben

A. P. In der Nummer 80 der „Wachzeitung“ wird aus Anlass des Ablebens des Sanitätsrats Dr. Müller, Chefarzt des Waldenburger Knappschafts-Krankenhauses, seine Tätigkeit in allen Lagen gepriesen. Es ist nicht unsere Gewohnheit, einen Toten zu beschimpfen, doch wir gedenken der Hunderte von Bergarbeitern, welche durch Unfall zu Schaden gekommen waren und von Dr. Müller bei der Begutachtung abschlägig beschieden wurden. Diese meinen Dr. Müller gewiß keine Träne nach. Dr. Müller war einer von den vielen, welche der Klassenmedizin angehören, und nur seine Aufgabe darin sah, für den Versicherungsträger, die Knappschaft und die Unfallberufsgenossenschaft, Sektion V, zu arbeiten.

## Oberes Revier

### Brode glänzt durch Abwesenheit

A. P. Der Zentralverband der Arbeitssindalben und Witwen tritt sich bei allen Gelegenheiten in marktstreiterischer Art und Weise den Arbeitssindalben an. Er behauptet, er allein sei berufen, die Interessen der Arbeitssindalben zu vertreten. Wie diese Vertretung praktisch aussieht, hat ein Teil der Arbeitssindalben bereits erkannt. Wir sind in der Lage, mit Tatsachen zu beweisen, wie der Zentralverband die Interessen der Arbeitssindalben nicht nur vernachlässigt, sondern auch sogar schädigt. Bei einem Termin am 4. April vor dem Oberberufungsamt war es Brode, der Kreissekretär des Zentralverbandes, welcher bei zwei Verhandlungen, welche er zu vertreten hatte, durch Abwesenheit glänzte. Es handelt sich um zwei Punkte mit geschlagenen Knochen aus dem Neuroder Revier. Dem Internationalen Bunde blieb es vorbehalten, diesen Beistand zu leisten, damit sie nicht geschädigt wurden.

## Schweidnitz

### Kleinliche Schikanen gegen Klassenkämpfer

In Schweidnitzer Gerichtsgefängnis sind zurzeit die drei in Reichsbahn verhafteten Genossen festgehalten. Sie befinden sich in Untersuchungshaft. Obwohl der Untersuchungsrichter ihnen das Lesen der „Arbeiter-Zeitung“ gestattet hat, wird die Zeitung den Genossen auf Anweisung des Gefängnisdirektors nicht ausgeteilt. Wir protestieren gegen diese offensichtliche Schikane.

und fragen die für den Strafvollzug verantwortliche Behörde an, was sie gegen diesen Uebergriff des Gefängnisdirektors zu unternehmen gedenkt?

## Landeshut

### Stürmische SPD-Mitglieder-versammlung in Liebau

A. P. Dieser Tage fand die Mitgliederversammlung der SPD. statt, welche sehr stürmisch verlief. Mehrere Mitglieder übten Kritik am Vorstand und an verschiedenen Mitgliedern, welche Mitglieder des bürgerlichen Roten Kreuzes sind. Trotdem es in Liebau einen Arbeiter-Samariter-Bund gibt, haben diese Leute den richtigen Weg noch nicht gefunden. Mit Ausschüssen in der SPD. kann man nicht kommen, weil man sonst die gesamte Ortsgruppe auflösen müßte, da viele Mitglieder des bürgerlichen Turnvereins sind, trotdem es in Liebau einen Arbeiter-Turn- und Sportbund gibt. Arbeiter von Liebau, hieraus könnt ihr erkennen, daß die SPD. eine rein bürgerliche Partei ist. Darüber schweigen die Intendanten der „Wachzeitung“.

Liebau. Einer unserer Genossen stellte für einige Wohnhausempfänger, welche schon jahrelang erwerbslos sind, Anträge auf Mietenzuschlag oder 50prozentige Erhöhung oder auch auf einmalige Unterstützung. Alle Anträge wurden abgelehnt. Einmal sagte der Kenagat Richter, wenn er in der Wohnhausempfänger-Kommission sein würde, werde es besser, aber die Arbeiter haben bis jetzt noch keine Arbeiterfreundlichkeit von diesen Leuten feststellen können. Die Antragsteller haben gegen diese Ablehnung Einspruch erhoben.

Der Schaumschläger bei der „Mutterpartei“ gelandet. Der Arbeiterchor zur Kenntnis, daß sich die Mutterpartei, die SPD., über den Eintritt Willers in ihre Reihen freut. Wir gratulieren. Willer hat schon alle Parteien durch. Jetzt hat er es geschafft. In der SPD. bekleidet er verschiedene Funktionen, ist Intendant und Schaumschläger und erhält pro Zeile fünf Pfennig.

Arbeiter Sport. Am Sonntag trafen sich auf dem Liebauer Sportplatz zum Serienpiel Liebau I gegen Landeshut I. Landeshut trat mit zehn Mann an, davon waren noch vier jugendliche. Trotdem konnte man von Anfang an feststellen, daß Landeshut technisch überlegen war, Liebau aber körperlich. Zum Anfang spielte Liebau mit Wind, so daß Landeshut einen schweren Stand hatte. Bis Halbzeit stand es 0:0. Kurz nach Halbzeit ging Landeshut mit 1:0 in Führung. So blieb es bis Schluß.

und die Kollektivierung ein. Er forderte die Anwesenden auf, daß jeder ein Agitator sein soll für die revolutionäre Bewegung. Zosender Beifall setzte ein, als er sagte, daß die Imperialisten im Kampf gegen Sowjetrußland nicht nur auf eine bewaffnete rote Armee in Rußland, sondern auch auf eine rote Armee in den kapitalistischen Ländern stoßen werden. Auch der Beifall wurde von den über 400 Teilnehmern durch ein kräftiges Bravo der Dank ausgesprochen für die rege Propaganda, die sie in letzter Zeit für die Bewegung geleistet hat. Nur weiter so! 21 Neuaufnahmen für die rote Hilfe, fünf für die kommunistische Partei und reichlicher Anlauf an Literatur sowie Sammelkisten „Nun erst recht“ war der Erfolg. Um 24 Uhr wurde die Versammlung mit der „Internationale“ geschlossen.

## Geständnis des Mädchenmörders

Zu dem Mord an der 16jährigen Gertrud Hüner aus Walsleben wird noch ergänzend mitgeteilt, daß der Mörder, ein 40jähriger hessischer Staatsangehöriger, ein Geständnis abgelegt hat. Er will nicht die Absicht gehabt haben, das Mädchen zu töten, sondern wollte ihr nur das Fahrrad rauben. Im Verlaufe des Kampfes habe er sie gewürgt und sie dabei erbrockelt.

## Tragödie der unehelichen Mutter

Das Schwurgericht verurteilte die 26jährige Hausangestellte Frieda Lange aus Herwigsdorf wegen Kindesmordes und versuchter Abtreibung zu 2 Jahren 3 Monaten Gefängnis. Das Mädchen hatte sein uneheliches Kind abzutreiben gesucht und, als dies nicht gelang, es sofort nach der Geburt getötet.

## Der Mordprozeß Babior verlag

Der Mordprozeß gegen Paul Babior, der seine Nichte in Artendorf ermordet hat, sollte in der kommenden Woche vor dem Schwurgericht verhandelt werden. Der Prozeß ist jetzt verlag worden, da der Mörder erst noch in einer Irrenanstalt auf seine Zurechnungsfähigkeit, an der Zweifel aufgelaucht sind, untersucht werden soll.

„Begnabiger“ Mörder. Die Regierung hat den Schmitz Wilhelm Gärnich aus Rühnau, der vom Schwurgericht im Juli d. J. wegen Mordes und Mordversuchs zum Tode und fünf Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, zu lebenslänglichem Zuchthaus „begnadigt“. Er hatte in Rühnau seinen Schwager Schulz mit einem Infanteriegewehr erschossen und auch auf seine Schwägerin angelegt.

## Hagnau

### Die SPD. auf Bauernfang

Die Herren Sozialdemokraten lassen nichts unversucht, für ihre Zwecke Dumme zu finden. Ihnen sind gerade die Gewerkschaften gut genug, ihre Methoden an den Mann zu bringen. Auch hier gehen sie jetzt dazu über, an die einzelnen Gewerkschaftsmitglieder sogenannte Fragekarten — sprich SPD.-Berichtarten — auszugeben. Da steht zu lesen: Sind Sie Leser der „Wachzeitung“? Sind Sie Mitglied der SPD.? Wollen Sie Mitglied derselben werden?

Klassenbewußte Gewerkschaftler haben mit diesen Fragen nichts gemein und lehnen die Ausfüllung der Karten ab. Ja so etwas nennen die Herren Sozialdemokraten Klassenkampf; ihr Kampf geht nur um ein höheres Quantum an Mitgliedsbeiträgen zur Unterhaltung ihrer wohlbestallten Bonzen. Für jeden Klassenbewußten Gewerkschaftler lautet heute die Parole ernter denn je: Heran zur Organisation von Wirtschaftskämpfen unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition.

## Aus dem Riesengebirge

### Bankrott in Bad Warmbrunn

Die Handels- und Gewerbebank e. G. m. b. H. hat von Dienstag ab ihre Schalter geschlossen und vorläufig ihre Zahlungen eingestellt. Die Genossenschaft hat im Jahre 1929 erhebliche Verluste an ihren ausstehenden Krediten erlitten und mußte noch ein Grundstück übernehmen, bei dem ebenfalls ein großer Ausfall zu verzeichnen war. Diese Verluste gaben Anlaß zu umfangreichen Gutachtenüberprüfungen, denen die Genossenschaft zuletzt nicht mehr gewachsen war. Zur Deckung der auf etwa 180 000 Mark festgestellten Verluste werden die Mitglieder herangezogen werden müssen, während die Sparer und sonstigen Gläubiger bedrückt werden dürften. Die Genossenschaft zählt 370 Mitglieder mit 570 Anteilen über je 300 Mark.

Verantwortlich für den politischen Teil: Ernst Scheller, Berlin; für den Provinzialteil (außer Oberschlesien) Rudolf Brandt, Breslau; für Oberschlesien Fritz Jendrosch, Gleiwitz. Für Inserate: Anita Hill, Breslau.

# Niederschlesien

## Görlitz

### Ihre Sorgen:

### Eine Autostrafe für 150 Millionen

Eine große Autostrafe soll von Breslau nach dem Culenberge und der Grafschaft Glatz gebaut werden. Das ursprüngliche Projekt wurde jetzt dahin erweitert, daß die Autostrafe über Girschberg nach Görlitz verlängert und an die sächsische Staatsstraße angeschlossen werden soll. Von Görlitz aus soll die Straße über Liegnitz nach Breslau zurückgeführt werden, so daß damit ein niedererschlesischer Autokorridor geschlossen wäre. In Girschberg ist auch eine Abzweigung nach dem Herzogtum vorgezogen. Die Bewirtlichung des Projekts würde bei Benutzung und Verbreiterung vorhandener Straßen etwa 150 Millionen Mark erfordern.

## Eifersuchtstragödie

In der oberen Fießschertstraße sprang eine Frau nach dem Streit aus ihrer im ersten Stock gelegenen Wohnung auf die Straße. Obwohl sie schwere Verletzungen erlitt, lief sie noch davon.

## Bunzlau

### Wieder ein großer Brandstiftungsprozeß

Vor dem Schwurgericht begann am Montag wieder ein großer, auf zwei Tage berechneter Brandstiftungsprozeß, zu dem 27 Zeugen und ein Sachverständiger aufgerufen worden sind. Angeklagt ist der 61jährige Landwirt Friedrich Droth aus Gießmannsdorf, Kreis Bunzlau, wegen vorläufiger Brandstiftung und Versicherungsbetruges. Er soll in der Nacht des 17. November 1929, dem Wahlfesttag, sein an der Biegung der Chaussee Bunzlau-Lauban gelegenes Viehstall in Brand gesteckt haben, um in den Besitz der Versicherungssumme zu kommen. Der Angeklagte, der eine Brandstiftung entschieden bestritt, hat den Verdacht durch verschiedene Äußerungen auf sich gelenkt, wie „hoch versichern und niedrig anzuhängen“. Er war übrigens bei zwei Gesellschaften mit 31 700 Mark zu hoch versichert. In einem Nachbarn, bei dem gepfändet worden war, hatte er geäußert: „Ach, was ärgerst du dich lange, jünde doch die Kuh an, dann bekommst du Geld!“ Belastet war der Besitz mit 3500 Mark. Die Gebäude sollen sich in schlechtem baulichen Zustand befunden haben. Am Brandtage selbst hatte der Angeklagte seinen Sohn nach Geld weggeschickt und selbst 30 Mark von einem Nachbarn zu leihen gesucht. Als das Feuer in der neunten Abendstunde ausbrach, war Droth eben zu Bett gegangen sein. Seine Frau habe ein verächtliches Kniftern gehört, doch habe es bereits lichterloh gekannt, als er nachschah. Das Feuer äscherte die ganze Viehstallung ein;

## Der Mittelstand bricht zusammen

Eine Laubauer Referat unserer Zeitung erhielt nachstehenden Brief, der Bände spricht und keines Kommentars bedarf.

### Liebe Mutter!

Deinen Brief erhalten und freue mich, daß Du wieder gesund bist. Meine jetzige Lage ist im Moment direkt verheerend. Jeder leidet jetzt noch dem höchsten Maß, so daß der augenblickliche Zustand an Selbstmord grenzt. Ich weiß mir jetzt überhaupt keinen Ausweg mehr. Anzusichern nach Geld, auszusichern nach Sache eines Teilhabers, alles vergeblich. Sogar die Nähmaschine wollte ich verkaufen und davon bezahlen, auch dies war mir nicht möglich. Nun bin ich und dem großen Leben angeschlossen, da die Miete mich wahnsinnig drückt und bin jetzt .... weg, wo früher der .... war. Der Laden ist im Monat 200 Mark billiger und meinem Haushalter habe ich auch gekündigt, so daß ich dann mit .... allein bin und wieder über 100 Mark im Monat spare. Denn ich nicht noch die Schulden hätte, so wüßten mir aus ganz beiseite. Einen Hausknecht habe ich als geschicktes Auto habe ich mir gekauft und bin damit auf

die Dörfer gefahren, auch hier wenig Erfolg; es liegt gewiß auch daran, daß ich mit den Herden fertig bin, da nirgends mehr Erfolg. Ich möchte dem B. mein Geschäft geben für 3000 Mark, so daß ich alles bezahlen kann und erst einmal wieder Ruhe bekomme.

Ob ich das Geld für .... zusammenbekomme, ist sehr fraglich, da ich für diesen Monat noch keine Miete zusammen habe und außerdem haben mich etliche verlangt wegen Geld und weiß nicht, woher nehmen. Wir haben sie schon Waren gepfändet und zwangsversteigert. Wenn ich nun schnell alles verkaufen könnte, ich will gern alles opfern und bloß einmal aus diesem entsetzlichen Zustand herauskommen.

Die Firma .... auf dem Markt, die auch dieselben Zettel hat wie wir, ist auch pleite und das Konfektionsgeschäft, was in meinem Laden war, ist auch pleite. Ich schrieb auch heute an .... An B. habe ich auch geschrieben, er soll mir mal ansprechen, aber Dantes über...

Nun sei gegrüßt und .....

**Schuh-Strumpf-Werbe-Week**  
vom 7-14. April  
Dornsdorf



# Oberschlesien

## Sozialdemokratische Partei in Hindenburg als kommissarischer Ober-Bürgermeister in Solingen

### Brisch lehnt Verhandlungen mit den Wohlfahrtsarbeitern ab

Nachdem dem in zwei Stadtverordnetenversammlungen mit Mehrheit zum Oberbürgermeister von Solingen gewählten Genossen Weber von der sozialdemokratischen Regierung lebendige die Bestätigung verweigert wurde, ist der ober-schlesische Arbeiterkongress wegen seiner Tätigkeit als Handlanger der ober-schlesischen Gruben- und Hüttenbarone bekannte frühere sozialdemokratische Redakteur in Hindenburg, Brisch, von der Regierung als kommissarischer Bürgermeister von Solingen eingesetzt worden. Brisch, der vor Jahren als Land- von Delsch (Regierungsbevollmächtigter) selbst von seinen Leuten „gegangen“, da an seiner „berühmten“ Qualifikation Anstoß genommen werden mußte, verlegte seine Tätigkeit kann nach dem Besten (Düsselhof). Als Hüttenbesitzer selbst von dem Vorbild seiner Ministergenossen folgend, die Interessen der Ruhrgegend gegen die Grubenbesitzer und um ihr Recht und höhere Löhne kämpfenden Arbeiter des Ruhrgebietes wahrzunehmen. Nach einer Notiz des „Volksblatt“ vom 6. d. M. hat ihn „das Vertrauen der preussischen Staatsregierung auf einen neuen schlesischen Posten (Kommissar von Solingen, D. Red.) berufen“. Um sich des ihm von der sozialdemokratischen Parteileitung und der Bourgeoisie erwiesenen „Vertrauens“ würdig zu erweisen, verfuhr Brisch gleich in Solingen als seine erste Amtstätigkeit eine Hungerkammer zu errichten.

Seit einigen Tagen sind dort 500 Wohlfahrtsarbeiter in den Streik getreten, weil ihre Forderungen bezüglich der Bauarbeiter-Tariflöhne, Familienzuschlag und Befreiung der Mißstände auf den Baustellen, trotz langer Verhandlungen mit der Stadtverwaltung nicht bewilligt wurden. Eine Verhandlungskommission wurde von dem neuen SPD-Kommissar Brisch nicht zugelassen; Brisch ließ vielmehr erklären, daß er nicht verhandeln würde und für die Zukunft auch Sammlungen der Erwerbslosen auf den Stempelstellen untersuchen werde.

Als Antwort auf dieses unerhörte Verhalten des „kapitalistischen Sachwalters“ Brisch haben die Wohlfahrtsarbeiter auf allen Baustellen die Arbeit niedergelegt. Wenn das „Volksblatt“ in seiner obigen Notiz zum Schluß bemerkt: „Die Ernennung von Brisch erfolgt zunächst für ein Jahr und soll dann in eine endgültige umgewandelt werden“, dann können wir den Freunden um Brisch nur versichern, daß auch die Solinger Arbeiterklasse, die in ihrer Mehrheit hinter der kommunistischen Partei steht, dafür sorgen wird, daß auch seine Amtstätigkeit in Solingen nicht von allzu langer Dauer sein dürfte, und er zeitweilig an diese denken wird, so wie die ober-schlesische Arbeiterklasse dafür sorgt, daß er seine „Tätigkeit“ von hier verlegt.

### Die Diskussion zum Parteitag!

In den nächsten Tagen erscheint eine sehr wichtige Broschüre des Genossen Thälmann

#### „Die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse“

die für die gesamte Arbeit der Partei von größter Bedeutung ist. Die Broschüre enthält die Grundlagen für die Diskussion zum Parteitag. Die Ortsgruppen und Zellen haben sofort Bestellungen bei der Arbeiterbuchhandlung in Hindenburg aufzugeben. Am liebsten muß ein jeder Parteiarbeiter die Broschüre besitzen. Preis 20 Pfennig.

### Gliewitz

#### „Den Kopf hoch; der „liebe Gott“ wird schon sorgen!“

Wir erhalten eine Zuschrift, aus der wir folgendes entnehmen: Die Behandlung des Personals in der städtischen Frauenklinik auf der Menzestraße, ausgeübt von der „Oberin“ eines katholischen Ordens, ist wert, hier einmal beleuchtet zu werden. Eine Waisenkinder, die als Kind und dann darüber hinaus Jahre im Waisenhause schufte, war in der Frauenklinik drei Jahre als Küchenmädchen tätig. Leicht ist wahrlich die Arbeit nicht, und dieserhalb arbeitete sie das Dienstmädchen krank. Von der Krankenkasse wurde sie zur Erholung geschickt. Kurz vorher meinte die „Oberin“ dem Mädchen gegenüber, daß die Arbeit für sie zu schwer sei; sie solle sich nach einer neuen Stelle umsehen. Und während sie in Wildgründ weilt, schickte man ihr die Kündigung zu. Diese Art verdient besonders angeprangert zu werden. Einer Kranken, zur Erholung welfenden Person schickt man die Kündigung zu. Die Sorge des Mädchens, was nachher wird, wenn sie ohne Stellung daheist, hatte zur Folge, daß der Aufenthalt in Wildgründ eher eine Tortur als eine Erholung war. Die „Oberin“ schrieb in einem Briefe an das Dienstmädchen folgende heuchlerischen Worte: „Den Kopf hoch, der liebe Gott wird schon sorgen!“

Das Dienstmädchen steht in den vierziger Jahren und wird schwerlich Arbeit finden. Nachdem seine Arbeitskraft hin ist, fliegt es als Volkswaise auf Stragenpfaster. Das ist echt „christliche“ Nächstenliebe dieser Puffentragenden. Den Lohn hatte man nur bis zum 15. März ausbezahlt, trotzdem Anspruch bis zum 27. März besteht. Man zahlte für diese Zeit nur Kostgeld.

Dieser Fall zeigt den Proletarierinnen, daß sie noch ärger ausgebeutet werden wie ihre männlichen Klassengenossen. Darum sollten sie endlich begreifen, daß ihre elende Lage nicht durch Vertrauen auf „Gott“, sondern durch Mitbeteiligung am Klassenkampf gebessert werden kann.

### Hindenburg

#### Polizei schreitet gegen bewaffnete Stahlhelmbanden nicht ein

Uns wird folgendes Bescheid mitgeteilt: Am Sonntag, dem 6. April, 12.30 Uhr, beteiligten Stahlhelmbanden in recht provozierender Weise Mitglieder der Polizei. Die Polizisten, deren vier Mann uniformiert waren, beschimpften mit Ausreden die ruhig des Weges gehenden Arbeiter. Da die Stahlhelmbanden mit ihren Schimpfkanonaden nicht nachließen, so wurden sie von den Proleten hierauf aufgefordert. Die Antwort war, daß drei Stahlhelmer Pistolenschüsse auf die Arbeiter abgegeben wurden. Drei dieser Schüsse sind die Geschütze Wislup. Inzwischen erregte dies den Unwillen, die der Aufforderung, die Polizisten die

Waffen abzunehmen, nicht nachkam. Die Schüsse hatten nur ein Ziel, und so konnten die bewaffneten Banditen abziehen. Der Vorfall spielte sich auf der Kronprinzenstraße in der Nähe der Sternapotheke ab. Er zeigt der proletarischen Öffentlichkeit, wie die „gleiche“ Behandlung durch die Polizei gegenüber den Staatsbürgern aussieht. Wenn es umgekehrt gewesen wäre, so hätte die Polizei eingegriffen, und man hätte die Proleten vor den Knütteln geschützt. Da man die bewaffneten Stahlhelmbanden zur Niedererschlagung revolutionärer Erhebungen des Proletariats braucht, so nehmen sie sich schon die Freiheit heraus, am hellen Tage, und noch dazu an einer verkehrsreichen Stelle, Proletarier mit gezogenen Pistolen zu bedrohen.

Klassengenossen! Diesem frechen Treiben der Faschisten muß Einhalt geboten werden; die antifaschistische Front muß gestärkt werden, ehe es in Hindenburg dazu kommt, daß Proleten auf der Straße einmündig gemordet werden. Darum hinein in die „Antifa“, als proletarische Abwehrorganisation gegen den Faschismus.

### Magistrat unter Führung von Franz sabotiert Mieterforderungen

#### SPD-Fraktion stellt die Mieterkämpfe!

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion hat zu der am Freitag, dem 11. April, stattfindenden Stadtverordnetenversammlung nachstehenden Antrag eingebracht:

Die Stadtverordnetenversammlung beschloß in ihrer Sitzung vom 7. März dieses Jahres die Jurisdiktion der vom Magistrat gegen die Mieter vom Schwarzen Weg angestrebten Räumungsstagen.

In derselben Sitzung gelangte ein weiterer kommunistischer Antrag zur Annahme, der die Grundlagen der Mieterprekäresetzung

### Arbeiterkorrespondenten!

Sind Schritte unternommen zur Einberufung von Belegschaftsversammlungen? Wurden schon Mal-Komitees gebildet? Berichtet uns sofort über die Vorbereitungsarbeiten zur restlosen Arbeitsruhe am 1. Mai!

(Verbilligung der Mieten) für die fadeligen Neubauwohnungen geschaffen hatte.

Wir stellen fest, daß der Magistrat die Räumungsstagen nicht zurückgezogen, daß die Mietensetzungs-Kommission noch nicht getagt hat. Dieses Gebaren des Magistrats stellen wir in aller Deutlichkeit als direkte Sabotage fest.

Die Stadtverordnetenversammlung beschloß daher erneut:

Dem Magistrat wird aufgegeben:

1. Sofort die eingereichten Zahlungsbefehle und Räumungsstagen, soweit über sie noch nicht vor dem Amtsgericht verhandelt, zurückzuziehen. Ergangene Urteile auf Räumung der Wohnung sind nicht zu vollstrecken;
2. die den Mietern entstandenen Gerichtsosten sind vom Magistrat zu tragen;
3. die Mietensetzungs-Kommission hat sofort mit ihren Arbeiten im Rahmen des vom 7. März angenommenen Antrages zu beginnen;
4. die Kommission hat auch die Prüfung und Festsetzung der Mieten in den Demogebäuden an der Pfarrstraße nach dem vom 7. März angenommenen Antrage — Festsetzung von tragbaren Mieten für die werttätige Arbeiterklasse — vorzunehmen;
5. von der „Demog“ zu verlangen, daß sie die Kündigungen sofort zurücknimmt. Falls sie sich weigern sollte, so sind die Hauszins- und Hypotheken zu kündigen.

### Ratibor

#### Betriebsratswahl in der Schuhfabrik

Das Ergebnis der Betriebsratswahl in der Schuhfabrik ist folgendes: Die Opposition erhielt 14, die Christen 10 Stimmen. Im Arbeiterrat ist die Opposition mit zwei, die Christen mit einem Sitz vertreten. Die Reformisten hatten keine Liste aufgestellt. Einer von den zwei vorhandenen Espezisten gab seine Stimme der christlichen Liste, der andere zog vor, Stimmhaltung zu üben.

Das Ergebnis kann als gut bezeichnet werden, weil die Firma vor der Wahl alle anrühenden Arbeiter (75 Prozent der Belegschaft) entlassen hatte und die alten Christen behielt. Nach der Wahl sollen wieder entlassene Arbeiter eingestellt werden. Sie, die wieder in den Betrieb kommen, haben die gewählten roten Betriebsräte tatkräftig zu unterstützen.

### Mikulischitz

#### Faschistischer Mordüberfall

##### Ehemaliger Schupist erschlug Proleten

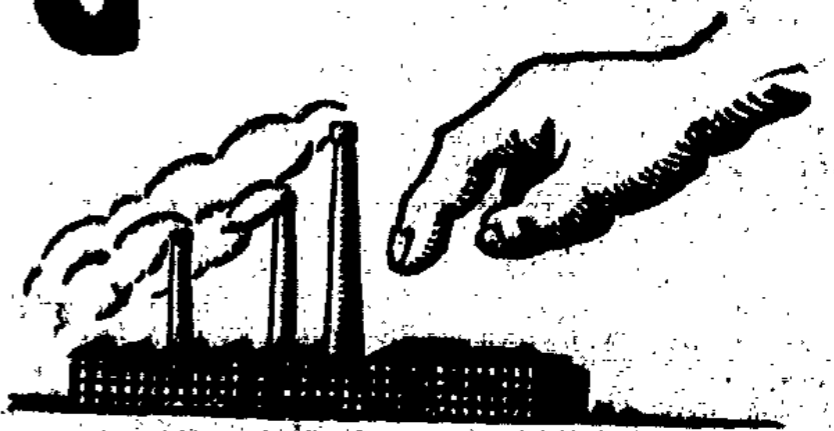
Am 2. April wurde der Invalide Karl Gudat, wohnhaft Neuhofstraße, vor dem Lokal Bräuer von dem Galenkreuzler, ehemaligen Schupisten Czudlik, durch einen Messerstich in den Hals erschlagen. Sein Sohn Heinrich bekam ebenfalls einen Bruststich und ist dem Knappschützazarett überwiefen worden. Beide sind paralytisch. Czudlik und einer seiner Komplizen sind verhaftet worden.

Der Mordbube Czudlik war schon gegen 17.30 Uhr durch den Wirt aus dem Lokal gewiesen worden, weil er seine Tische nicht bezahlen wollte. Hierbei kam es zwischen anderen Arbeitern und Czudlik zu einer Rauferei, die dadurch ein Ende fand, daß die Polizei Czudlik und seinen Komplizen nach der Wache nahm und nach Feststellung der Personallen wieder freigab. Daraufhin kamen sie gegen 20 Uhr erneut ins Lokal und es ereignete sich der oben geschilderte Vorfall.

## Büdo flüssig

für den leinen Schuß

# Genosse Zellenleiter!



Hier ist noch nicht gesammelt worden  
Nun aber sofort an die Arbeit

## Kein Betrieb ohne Sammelstelle!

Czudlik hat es ja bei der Polizei gelernt, wie man brutal mit Arbeitern verfahren soll. Deshalb wird dieser Arbeitermörder mit der Richter finden. Die Arbeiterklasse von Mikulischitz muß darüber wachen, daß ihre Klassengenossen nicht von Faschisten gemordet werden. Schafft auch ihr Arbeiterwächter zur Abwehr dieses Mordgefindels.

### Neustadt

#### Opfer der kapitalistischen Rationalisierung durch Selbstmord getötet

Der Reichner Ernst Krißler hat seinem Leben durch Erhängen am Fensterkreuz ein Ende bereitet. Die eigentlichen Ursachen der Selbstmorde sind jedoch in dem unfähigen Rationalisierungsdenken zu begreifen, daß R. von der Firma G. Frankel entlassen wurde. Seines Anspruchs auf Krüsenunterstützung ging er verlustig, und auf Unterstützung aus der öffentlichen Hand hatte er nicht zu hoffen, da R. bei seinem Bruder lebte. Deshalb war der Verlorene in wirtschaftliche Notlage geraten. Er suchte in anderen Auswegen zu finden, als den obigen Schritt zu vollziehen.

Arbeiter, es liegt in eurer Hand, diese Vorkommnisse zu befeuern, denn es muß auch ein weiteres Jüchen verbieten, wie die bürgerlichen Herren faulenz, schlennen und prassen; dagegen ihr dem Selbstmord, vielmehr dem langsamen Selbstmord, zum Opfer fallt, indem man euch dazu die Hungerunterstützungen gibt.

Arbeiter, es ist heiligste Pflicht, in den Reihen der kommunistischen Partei den Kampf zu führen, zum Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, damit diese Selbstmordepidemie verschwindet.

### Oppeln

#### Wer fährt Ostern mit nach Leipzig?

Die kommunistische Jugend von Oppeln beteiligt sich Ostern an dem Reichsjugendtreffen in Leipzig. Die Jugendgenossen fahren von Oppeln mit einem luftbereiten Schneefaschauto nach Leipzig. Es sind da noch einige Plätze frei und bietet sich Gelegenheit, billig nach Leipzig zu kommen. Das Fahrgehalt beträgt hin und zurück 18 Mark pro Person. Anmeldungen werden im Büro des „Eisenbahner-Clubs“, Rathberstraße 11, entgegengenommen.

### Nette Zustände in der Friedrich-Ebert-Schule

In dieser Schule herrschen noch mittelalterliche Zustände. So wurde uns erst leztlich von einem Vater mitgeteilt, daß sein Kind von einer Lehrerin mit Stockschlägen auf die Hände traktiert wurde, weil es dem Religionsunterricht nicht gefolgt war. Auch sonst regnet der Stock ansehend noch genau so wie früher, da uns auch andere ziemlich trasse Fälle von Behandlung der Kinder in dieser Schule mitgeteilt wurden. Und dies alles trotz der angeblichen ministerieller Verfügung, daß Mädchen nicht mehr körperlich gestraft werden. Der Vater des Kindes erklärte uns allen klarstes, daß er die Absicht habe, ungeachtet der eventuellen Fragen, in die Schule zu gehen und der betreffenden Lehrerin, ein paar Ohrfeigen rechts und links zu verabreichen. Noch haben wir den betreffenden Vater davon abgehalten. Sollten sich die Zustände in dieser Schule nicht ändern, so geben wir der Schuldeputation zur Kenntnis, wenn sie diese Behandlung nicht unterbindet, dann werden wir selbst noch die Kräfte der betreffenden Väter erteilen, wie sie sich solchen Prügelabgaben gegenüber zu verhalten haben. Bleibend werden diese brutalen Mittel der Eltern dann Remedur schaffen!

Arbeiterport. Handballer der Freien Turnerschaft Oppeln e. B. waren am Sonntag, dem 6. d. M., auf dem Diana-Sportplatz. Drei Mannschaften standen sich im Vereins-Dreikampf (Ballweitwerfen aus dem Stand, Ballweitwerfen mit Anlauf und Balltripps) gegenüber. Dieser Dreikampf erregte die Teilnehmer sowie auch die Zuschauer. Gute Resultate wurden erzielt. So warfen aus dem Stand mehrere Genossen bis an die 18 Meter. Mit Anlauf sind Witten bis 34 Meter erzielt worden. Im Balltripps sind im Durchschnitt alle Genossen 16 Sekunden gelaufen. Die einzelnen Mannschaften erreichten folgende Punkte: 1. Mannschaft 1237 Punkte; 2. Mannschaft 951½ Punkte; 3. Mannschaft 795½ Punkte.

Im Anschluß an den Dreikampf trat die 1. gegen die 2. Mannschaft ein Handballspiel aus, das die erste Mannschaft unter großer Mühe mit 10:3 für sich entscheiden konnte.

### Ost-Oberschlesien

#### Pilsudski-Faschisten schießen Arbeiter nieder

A. R. Am Sonntag, dem 30. März, fanden in Pilsudski-Oberschlesien die Gemeinbewahlen statt. Den Tag darauf begegneten sich im Dorf Radoschau bei Antonienfalte der Arbeiter Felgentau und ein Pilsudski-Anhänger. Hierbei kam es zu einem kurzen Gespräch wegen des Ausganges der Wahl, in dessen Verlauf der Pilsudski-Faschist den Revolver zog und den Proleten über den Kopf schob. Die Dorfbedienten wollten den Arbeitermörder festhalten, wurden von den Polizeibanden aber daran gehindert. Die Polizei, deren Hände gleichfalls mit Arbeiterblut besudelt sind, schützte diesen Schuft. Der Täter ist ein Gastwirt aus Radoschau.

Auch bei uns wird das faschistische Geständnis immer freier. Die bürgerlichen und polnischen Faschisten haben das gleiche Ziel, und zwar die Niederknüpfung des Klassenbewußten Proletariats. Arbeitergenossen von haben und drückt! Bildet vor allem in den Städten Abwehrorganisationen gegen den Faschismus; schafft antifaschistische Arbeiterwächter!



# Der IGB „fordert“ 44-Stunden-Woche

## Am 1. Mai Massenstreik für Siebenstundenschicht

Der Vorstand der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale (IGB.) hat beschlossen, eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 44 Stunden die Woche in denjenigen Ländern anzustreben, in denen die zunehmende Mechanisierung und Intensivierung des Arbeitsprozesses und die dadurch bedingte Ausbeutung der Arbeitskraft dies erfordert. Der Forderung soll das Prinzip der englischen Woche mit dem freien Sonntagsnachmittag zugrundegelegt werden. Zunächst soll in der Woche vom 28. September bis 4. Oktober d. J. eine Erhebung über die effektive Dauer der Arbeitszeit durchgeführt werden.

Dieser Beschluss des IGB.-Vorstandes ist ein schändliches Betrugsmaschinentrick der Amsterdamer Gewerkschaftsbürokraten. Schon im Jahre 1928 wurde vom IGB. eine Erhebung über die effektive Arbeitszeit durchgeführt; die Ergebnisse und Konklusionen zur Kenntnis von 10 und zwölf Stunden an der Tagesordnung sind. Doch kein Finger wurde im IGB. gerührt, um eine wirkliche Bewegung gegen diese maßlose Ausbeutung aufzubringen. Die IGB.-Bürokraten „kämpften“ für die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens, wobei in trauter Gemeinschaft mit dem Genfer Internationalen Arbeitsamt, den Thomas und Komparten, dieses Scheinabkommen so lange residiert wurde, bis auch bei einer eventuellen Ratifizierung dem 10- und 12-Stunden-Tag keine Hindernisse mehr im Wege lagen.

Warum also jetzt erneut ein solches Schwindelmaschinentrick? Tatsächlich ist es der wachsende Druck der unter revolutionärer Führung stehenden Arbeiter, die immer mehr ihre Bereitwilligkeit zum Kampf für den Siebenstundentag zum Ausdruck bringen. Tatsächlich ist es die Bewirkung des Siebenstundentages in der Sowjetunion, die diese Amsterdamer Bürokraten in ihrer beschaulichen Ruhe stört. Sie, die von der Weltbourgeoisie des Trust- und Finanzkapitals den Auftrag haben, den Wirtschaftskrieg zur Durchführung ihrer impe-

## Die Nelken zum 1. Mai

sind verschickt worden!  
Sorgt für ihren Vertrieß

realistischen Ziele zu gewährleisten, müssen scheinbar der wachsenden Kampfbereitschaft nachgeben, um die Arbeiter dann um so besser verraten und auf spätere Zeiten verrücken zu können. Sie wissen ihre Rolle als Lakaien der Weltbourgeoisie, des Völkerbundes und der imperialistischen Räuber mit allen Mitteln und Methoden der Demagogie zu spielen.

Die Arbeiterschaft wird jedoch auf diesen erneuten Schwindel nicht hereinfallen. Der Arbeiter am Schraubstock, die Arbeiterin am Webstuhl, die heute im Hefttempo der rationalisierten kapitalistischen Wirtschaft bei elendem Lohn bis zu zehn und zwölf Stunden arbeiten müssen; die Millionen Erwerbslosen, die als Opfer der Rationalisierung und der verschärften Ausbeutung auf dem Straßenpflaster liegen, ohne Hoffnung, wieder in die kapitalistische Ausbeutungsmaschinerie hineinzukommen, sie alle wissen, daß der Siebenstundentag nur im härtesten revolutionären Klassenkampf errungen werden kann. Der 1. Mai, der seit mehr als 40 Jahren der traditionelle Weltkampftag für die Verkürzung der Arbeitszeit ist, wird in diesem Jahre erst recht ein Massenkampftag für Siebenstundentag und Lohn-erhöhung sein. Die kommunistische Partei, die revolutionäre Gewerkschaftsopposition organisiert und führt die wachsende revolutionäre Kampfwelle der Arbeiterschaft. Nur unter Führung wird es möglich sein, den Siebenstundentag zu erkämpfen. Gemeinsam müssen sich Betriebsarbeiter und Erwerbslose unter der roten Fahne der kommunistischen Partei und der revolutionären Gewerkschaftsopposition zusammenschließen, um am 1. Mai und auch in den bevorstehenden massenhaften Kämpfen der Arbeiterschaft dem reformistischen sozialfaschistischen Sperr der Amsterdamer Gewerkschaftsbürokratie den siegreichen revolutionären Klassenkampf entgegenzusetzen.

## Stegerwald fordert Lohnabbau

Zu den letzten Tagen fand in Düsseldorf eine Versammlung des sogenannten Langnamereins, des rheinisch-westfälischen Unternehmerverbandes, statt. Auch diese Versammlung erhob die bekannten Unternehmerforderungen, Abbau der Arbeitslosenunterstützung, der Löhne, aller sozialen Leistungen usw. Einer der Redner, der Vorsitzende Springorum, sagte dabei die Entfaltung, daß der neue Reichs- arbeitsminister Stegerwald vor den Handels- und Industrievertretern des Reichstages erklärt hat, daß für mindestens drei Jahre die Löhne unverändert bleiben müßten.

Was bedeutet es, wenn sich der christliche Arbeitsminister zum Ziele setzt, alle Lohn erhöhungen zu verhindern, was infolge der neuen Zoll- und Steuer- und Tarif erhöhungen die Lebenshaltungskosten steigen und weiter steigen werden? Das bedeutet Verringerung der Kaufkraft des Lohnes, bedeutet Abbau des Reallohnens.

Dazu kommt, daß nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Leitungen der christlichen Gewerkschaften einen direkten Abbau der Reallohn fordern. Unternehmer und Stegerwald werden das begehren und sich recht bald auf diese Gewerkschaftsführer berufen. Auf alle Fälle soll jede, auch die geringste Lohn erhöhungen diktatorisch verhindert werden.

Bereits sind, wie die Unternehmerpresse mit Befriedigung konstatiert, dementsprechende Anweisungen an alle Schlichter und Schlichtungsinstanzen ergangen.

Da in den Schlichtungskammern die Unternehmer und die Schlichtungsbehörden die Mehrheit haben, so ist ganz abgesehen von der Haltung der christlichen und sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie, auf gar nichts anderes zu rechnen, als daß die kommenden Schlichtungsprüfungen bestenfalls die Beibehaltung der bisherigen Löhne, in vielen Fällen sogar Herabsetzung der Löhne vorsehen werden.

## 8 Jahre Gefängnis für Sekretär der K.P. Sejm-Fraktion

Danzig, 2. April. Das Bezirksgericht verurteilte den ehemaligen Sekretär der kommunistischen Sejm-Fraktion, Leschowski, wegen angeblicher Zugehörigkeit zum Sekretariat der kommunistischen Partei zu acht Jahren Gefängnis. Die Anklage beruhte auf den Aussagen des Lechniewski Czuma und auf dem Material, das die lettische Polizei angeblich bei der Verhaftung des polnischen kommunistischen Politikers auf lettischem Boden beschlagnahmt hat.



### Sonder-Angebot

- Rahrräder**  
von RM. 36.50 an  
Deden, grau . 1.95  
rot . 2.75  
Schläuche . 0.95  
Gepäckträger . 0.95  
Rahmenschrauben 0.50  
Pumpenpaar 0.10  
Felgen . 0.95  
Lenker . 1.25  
Ketten . 0.95  
Pedale . 1.50  
Rennpedale . 1.75  
VR.-Naben . 1.25  
10-Loch-Schiffel 0.20  
Konuschiffel . 0.10  
Schraubenschlüssel 0.08  
Franzosen . 0.95  
Rückstrahler . 0.25  
Schutzbleche . 0.75  
Glocken . 0.24  
Griffe . 0.20  
Gummigriffe . 0.35  
Fahrschwinge . 0.10  
Sozialstütze (Tab. 10 95)

Fahrradhaus  
**„Eximius“**  
Breslau, Reuthestr. 28  
Reparaturwerkstatt



### Kinderwagen Puppenwagen



jetzt extra billig  
Korbmöbel  
Metallbetten  
**Sudamer**  
OHLauer Str. 35  
Ecke Taschenstr.

### Möbel

Schlaf-, Speisezimmer,  
Wohnzimmer, Küchen  
auf

### Kredit

auch Einzeilmöbel,  
Schränke, Vertikos,  
Bettsstellen usw. zu  
niedrigsten Preisen.

**David**  
Friedr.-Wilh.-Str. 9

Wir liefern  
Plakate  
Briefbogen  
Rechnungen  
Programme  
Einladungskarten  
Flugblätter  
Werke  
Zeitungen  
Zeitschriften  
Reklamendruck  
Massenankündigungen  
prompt und  
preiswert

### PEUVAG

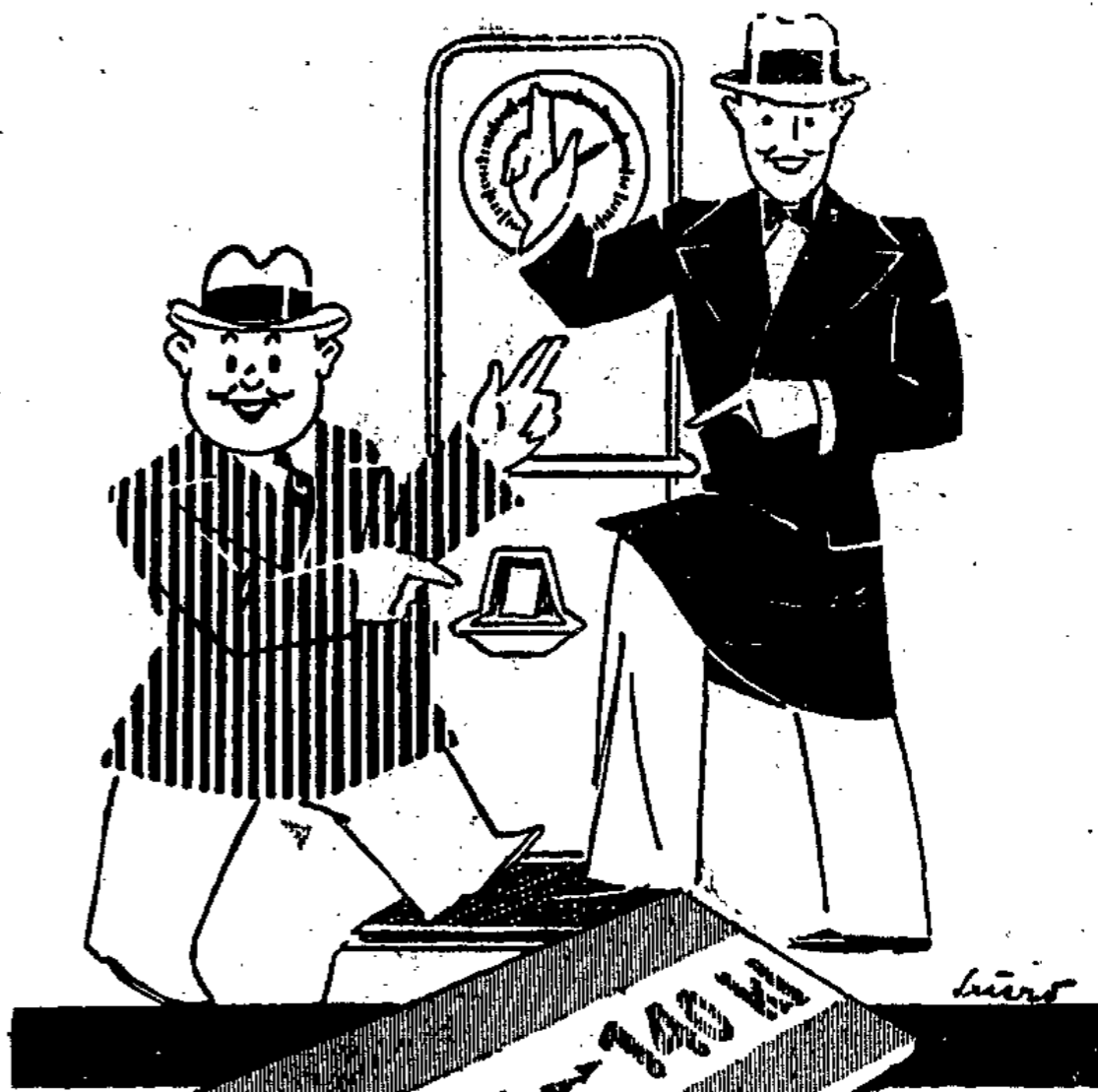
Papier- Erzeugnisse  
und Verordnungen  
Klein- und Großdruck  
Breslau

FIL. Breslau  
Trubitzstr. 38



**Blandleibhaus Grundmann**  
Breslau, Trebnitzer Str. 21  
Verleihung v. Maschinen, Wäsche  
und Schmuckstücken

**Gaststätte Alexander Wojtko**  
Klosterstr. 85/87, Filiale Siebenhufener Str. 18



# UMSONST

erhalten Sie von unserer neuen „Petersdorff-  
Waage“, die wir vor unserer Fensterfront an der  
Schuhbrücke aufgestellt haben, eine Wiegekarte  
mit der genauen Angabe Ihres Gewichts. Nicht

# UMSONST

haben wir diese Waage aufgestellt, denn einerlei,  
welches hohe oder niedrige Gewicht Sie auf Ihrer Wiege-  
karte auch ersehen mögen, von uns gekleidet, wer-  
den Sie überrascht sein, wie vorteilhaft Sie erscheinen!

Die Waage wird Mittwoch, 9. April, nachm. 3 Uhr in Betrieb gesetzt

# Rudolf Petersdorff

BRESLAU-OHLAUERSTRASSE-SCHUHBRÜCKE

# Schreibmaschinen

neu und gebraucht, in jeder  
gewünschten Preislage — auch auf Teilzahlung

## MAX ARNOLDT

Generalvertretung der KAPPEL-Schreibmaschine

Eigene Reparaturwerkstatt

Breslau 5, Freiburger Str. 36